



ANTISEMITISCHE VORFÄLLE 2018



Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Gleimstraße 31, 10437 Berlin, Telefon: 030 / 817 98 58 18, presse@report-antisemitism.de

Berlin, 1. Auflage 2019

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P. ist Bianca Klose, Geschäftsführung Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Konzept, Redaktion, Satz und Grafik

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim VDK e.V. bzw. auf den Seiten 27, 35, 36, 49 und 57 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2019 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e.V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Schutzgebühr Es wird keine Schutzgebühr erhoben. Anfragende um eine Zusendung per Post bitten wir um eine Erstattung der Portokosten.

Titelseite: Gimel ist der dritte Buchstabe im hebräischen Alphabet. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

2 IMPRESSUM

4 ZUSAMMENFASSUNG

6 BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

10 ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2018

14 STATISTISCHE ABBILDUNGEN

22 VORFALLSANALYSEN

- 23 ANGRiffe
- 26 GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN
- 28 BEDROHUNGEN
- 32 VERLETZENDES VERHALTEN
- 38 VERSAMMLUNGEN
- 42 MASSENZUSCHRIFTEN

44 EXKURS: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IM MAI 2018

50 MONITORING-BERICHTE 2018 (AUSWAHL)

- 51 AUSWERTUNG DES QUDSTAG-MARSCHES AM 9. JUNI 2018
- 56 RUND UM DEN 9. NOVEMBER: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN

ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2018 erfasste die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) insgesamt 1.083 antisemitische Vorfälle in Berlin. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 14 % (2017: 951 antisemitische Vorfälle). Unter den 1.083 antisemitischen Vorfällen waren 46 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 46 Bedrohungen, 831 Fälle verletzenden Verhaltens (darunter 48 Versammlungen) sowie 117 antisemitische Massenzuschriften.

Bei Vorfallsarten mit einem besonderen Gefährdungspotential für die Betroffenen gab es einen noch deutlicheren Anstieg. Die Zahl der **antisemitischen Angriffe** stieg im Vergleich zu 2017 um 155 %, die Zahl der **antisemitischen Bedrohungen** um 77 %. Daraus lässt sich einerseits eine Zunahme verrohter Ausdrucksformen des Antisemitismus in Berlin und andererseits ein Sinken der Hemmschwelle aufseiten der Täter_innen konstatieren: Wer antisemitische Einstellungen hat, ist auch zunehmend bereit, gegen politische Gegner_innen, Kritiker_innen von antisemitischen Äußerungen und nicht zuletzt gegen erkennbare Jüdinnen_Juden mit Gewalt vorzugehen.

Dies legt auch die Zahl der unmittelbar von antisemitischen Vorfällen Betroffenen aller Vorfallsarten nahe: Insgesamt waren im Jahr 2018 368 Personen von antisemitischen Vorfällen unmittelbar betroffen (2017: 213 Personen). 187 Personen waren Jüdinnen_Juden oder wurden als solche adressiert.

Die antisemitische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden, die sich beispielsweise in einer Täter-Opfer-Umkehr oder in Formen der Schoa-Relativierung bis hin zur Leugnung äußert, ist nach wie vor die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Äußerungen. Sie tritt in 52 % der Vorfälle auf. Stereotype des israelbezogenen Antisemitismus wurden in der Hälfte aller Vorfälle 2018 verwendet.

Das politische Spektrum, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden konnten, war 2018 der Rechtsextremismus (18 %), gefolgt vom israelfeindlichen Aktivismus (9 %). Dem islamistischen Spektrum ordnet RIAS Berlin mit 19 Vorfällen 2 % der Vorfälle insgesamt zu. Allerdings waren sieben dieser 19 Vorfälle Bedrohungen – das zeigt, welches Gefahrenpotential auch von diesem Spektrum ausgeht. Der politische Hintergrund eines Vorfalls konnte nur in der Hälfte der Fälle eindeutig zugeordnet werden – in 49 % der Fälle war er unbekannt.

2018 wurden RIAS Berlin in der Hauptstadt 48 Versammlungen bekannt, auf denen sich antisemitisch geäußert wurde. Für viele dieser Demonstrationen, Kundgebungen oder öffentlichen Veranstaltungen ist von einer gewissen „Ritualisierung“ auszugehen. Veranstaltungen wie der sogenannte Nakba-Tag oder der Qudstag-Marsch finden unabhängig von aktuellen politischen Entwicklungen Jahr für Jahr statt und richten sich vor allem an eine relativ kleine, bereits im Sinne der Veranstalter_innen politisierte Zielgruppe. Dies zeigt auch eine genauere Analyse der Vorfälle, die sich im Mai 2018 ereignet haben – dem Monat mit den meisten antisemitischen Vorfällen im vergangenen Jahr. Die 163 im Mai 2018 erfassten Vorfälle machen den Mai gleichzeitig zu dem Monat mit den meisten Vorfällen seit Beginn der zivilgesellschaftlichen Erfassung überhaupt.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin im Laufe eines Jahres bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Gestalt, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin treffen zu können. Zunächst werden der hierfür von RIAS Berlin verwendete begriffliche Rahmen sowie die genutzten Definitionen vorgestellt, um so die darauffolgenden Analysen besser nachvollziehbar zu machen. Antisemitische Straftaten werden, genau wie solche Vorfälle, die keinen juristischen Tatbestand erfüllen, gleichermaßen nach den dargestellten Vorfallsarten systematisiert.

Als inhaltlicher Referenzrahmen zur Bewertung antisemitischer Vorfälle dient die von der Bundesregierung empfohlene „Arbeitsdefinition Antisemitismus“. Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext leicht angepasst.¹ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin die 2013 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedete „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“ als Orientierung.² Bei der Unterscheidung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Nathan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards.³

Antisemitische Vorfälle werden von RIAS Berlin in verschiedenen Kategorien erfasst. Bei der Weiterentwicklung und Anwendung dieser Vorfallskategorien sowie beim Austausch über Auswertungsmethoden steht RIAS Berlin im regelmäßigen Austausch mit dem Community Security Trust (CST) in Großbritannien, dem Internationalen Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) in Berlin, dem Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) in Potsdam sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

Die Kategorien zur systematischen Erfassung antisemitischer Vorfälle wurden ursprünglich vom CST entwickelt und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Schoa-Gedenkorten, also Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, Geschäftsstellen entsprechender Organisationen sowie sonstiger Erinnerungszeichen für die Opfer der Schoa. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äuße-

¹ Vgl. Berliner Register: „Glossar: Antisemitismus“. <https://berliner-register.de/content/antisemitismus> (Zugriff am 13.03.2019).

² Vgl. International Holocaust Remembrance Alliance: „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“. <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/122> (Zugriff am 13.03.2019).

³ Vgl. Natan Sharansky: „3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization“. In: Jewish Political Studies Review 16:3-4. <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/> (Zugriff am 13.03.2019).

rungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden auch antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische (Online-)Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten.

Zur Projekttätigkeit von RIAS Berlin gehört auch das proaktive Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Es umfasst Vor-Ort-Beobachtungen, Hintergrundanalysen sowie die sich daraus ergebenden Bewertungen. Im Zuge dieses Monitorings beobachtet RIAS Berlin jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden bei Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder im Aufruf antisemitische Inhalte festgestellt, wird die Versammlung als ein Fall von verletzendem Verhalten gewertet. Im Jahr 2018 wurden in Berlin insgesamt 48 Versammlungen als antisemitische Vorfälle gewertet.

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im antisemitischen **Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft werden. Religiös begründete Stereotype sind Teil des **antijudaistischen Antisemitismus**, so etwa im Fall des Vorwurfs, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet. Der **Post-Schoa Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen antisemitisch abgelehnt wird. Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

RIAS Berlin klassifiziert den **politischen Hintergrund** der Verantwortlichen für antisemitische Vorfälle. Dieser ergibt sich entweder aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus verwendeten Stereotypen, die sich eindeutig einem bestimmten politischen Spektrum zuordnen lassen. Auf Grundlage der dem Projekt vorliegenden Informationen lässt sich der politische Hintergrund einer Vielzahl von Vorfällen jedoch nicht eindeutig bestimmen. Grundsätzlich unterscheidet RIAS Berlin zwischen folgenden sieben politischen Spektren: Als **rechtsextrem** wird die Gesamtheit von Einstellungen und Verhaltensweisen gefasst, die einerseits auf Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren und die andererseits das Ziel verfolgen, Individualismus zugunsten einer Gesellschaft, die als völkisch, ethnisch oder kulturell homogen propagiert wird, zurückzunehmen. Als **rechtspopulistisch** bewertet RIAS Berlin Einstellungen und Politikformen, die auf die Konstruktion einer ethnisch-nationalen Identität auf der Basis (kultur-)rassistischer Vorurteile abzielen. Dabei wird berücksichtigt, dass Rechtspopulist_innen sich immer wieder explizit vom Rechtsextremismus abgrenzen. Dennoch ist eine Unterscheidung nicht in allen Fällen

eindeutig. Als **links-antiimperialistisch** wird ein Vorfall verortet, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergeht mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik. Als **islamistisch** werden politische Auffassungen und Handlungen verstanden, die auf die Errichtung einer allein islamisch legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung abzielen. Einem **verschwörungsideoologischen** Milieu werden Gruppen oder Personen zugerechnet, bei denen die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können in dem herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden. Dasselbe gilt für das Milieu des **israelfeindlichen Aktivismus**: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen bzw. Gruppen eindeutig gegenüber einer Positionierung etwa im linken, rechten oder islamistischem Milieu. Zum israelfeindlichen Aktivismus zählt RIAS Berlin beispielsweise säkulare palästinensische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen. Der **politischen Mitte** werden Personen oder Gruppen zugeordnet, die sich weltanschaulich nicht als rechtsextrem oder rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch oder islamistisch positionieren und die für sich zugleich in Anspruch nehmen, eine demokratische Position einzunehmen.

RIAS Berlin erfasst auch, wer von antisemitischen Vorfällen betroffen ist. So wird z.B. dokumentiert, ob es sich bei den Betroffenen um **Institutionen** (bspw. um **jüdische / israelische, zivilgesellschaftliche, Gedenkinitiativen**, o.ä.) oder um **Einzelpersonen** handelt. Bei den betroffenen Einzelpersonen werden **Jüdinnen_Juden** und **Israelis** von **nicht-jüdischen Einzelpersonen** unterschieden. Bei nicht-jüdischen Einzelpersonen wird wiederum differenziert, ob diese Personen als **jüdisch** oder **israelisch adressiert** wurden, in einem politischen Kontext betroffen sind (**politische Gegner_innen**) oder ob sie beispielsweise lediglich, weil sie israelische Symboliken trugen, von antisemitischen Vorfällen betroffen waren (**israelsolidarische Einzelpersonen**). Generell gilt, dass Betroffene so spezifisch wie möglich einer Kategorie zugeordnet werden, wobei es als besonders relevant gewertet wird, wenn die Personen einen jüdischen oder israelischen Hintergrund haben.

Datengrundlage

Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Berlin direkt über die mehrsprachige Meldeseite www.report-antisemitism.de mitgeteilt. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Berlin werden systematisch abgefragt oder RIAS Berlin gemeldet.

Für mehrere Vorfälle war projekteigenes Monitoring von Presse sowie von Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Trägern, die selbst in der Antisemitismusprävention tätig sind, in diesen Bericht ein. Auch die Statistik antisemitischer Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch Motivierte Kriminalität der Berliner Polizei wurde, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten antisemitischen Propagandavorfällen, berücksichtigt. Weitere Quellen sind parlamentarische Drucksachen auf Landes- und Bezirksebene.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN 2018

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) erfasste 2018 in Berlin insgesamt 1.083 antisemitische Vorfälle. Darunter waren 46 Angriffe, 43 gezielte Sachbeschädigungen, 46 Bedrohungen, 831 Fälle verletzenden Verhaltens und 117 antisemitische Massenzuschriften. Für das Vorjahr 2017 registrierte RIAS Berlin insgesamt 951 antisemitische Vorfälle.

RIAS Berlin wurden im Jahr 2018 132 antisemitische Vorfälle mehr bekannt als im Jahr zuvor; dies entspricht einem Zuwachs von 14 %.

Diese Entwicklung ist besonders deutlich in Vorfallsarten mit einer meist direkten Interaktion zwischen den Täter_innen und den Betroffenen zu verzeichnen. Die Zahl antisemitischer **Angriffe** erhöhte sich um 155 % von 18 Angriffen im Jahr 2017 auf 46 im Jahr 2018. Wer antisemitische Einstellungen hat, ist anscheinend auch zunehmend bereit, gegen politische Gegner_innen, Kritiker_innen von antisemitischen Äußerungen und nicht zuletzt gegen erkennbare Jüdinnen_Juden Gewalt auszuüben.

Zudem erfasste RIAS Berlin 2018 46 antisemitische **Bedrohungen** – ein Anstieg von 77 % gegenüber dem Vorjahr. Das politische Spektrum, dem die meisten antisemitischen Bedrohungen zugeordnet werden konnten, ist der Rechtsextremismus: Von Täter_innen mit rechtsextremen Hintergrund gingen 2018 17 der 46 Bedrohungen aus (37 %). Sehr häufig waren Bedrohungen mit einem islamistischen Hintergrund: 15 % der Bedrohungen sind diesem Spektrum zuzuordnen. Auffällig ist, dass im Vergleich zu anderen Vorfallsarten überproportional viele Bedrohungen im Bezirk Neukölln stattfanden (8, hiervon drei links-antiimperialistisch und zwei rechtsextrem motiviert).

Bei der häufigsten Vorfallsart, dem **verletzenden Verhalten**, kam es 2018 zu einem Anstieg um 22 % auf 831 Vorfälle. Blieb die Zahl der Online-Vorfälle hierunter mit 442 unvermindert hoch, stieg zugleich die Zahl der Vorfälle, in denen verletzendes Verhalten in einer mündlichen Auseinandersetzung erfolgte, also von Angesicht zu Angesicht, um 28 % auf 120 (2017: 94).

Die Zahl der **gezielten Sachbeschädigungen** blieb hingegen fast konstant (2017: 42; 2018: 43). Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Zahl der Beschädigungen, die sich gegen Gedenkinitiativen oder -zeichen für die Opfer des Nationalsozialismus richteten, deutlich zurückging, während es zu mehr gezielten Sachbeschädigungen mit Israelbezug sowie im direkten Wohnumfeld von Betroffenen kam.

Bei antisemitischen **Massenzuschriften** ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 36 % auf 117 festzustellen: Einige wenige Verfasser_innen, die 2017 für einen Großteil der hierunter dokumentierten Zuschriften verantwortlich gewesen waren, sind 2018 deutlich weniger aktiv gewesen.

Wie auch in den Vorjahren kam es in Berlin 2018 zu keinem Fall von antisemitisch motivierter **extremer Gewalt**.

Aus dieser kurzen Übersicht ergibt sich bereits, dass es 2018 nicht nur einen Anstieg in der Gesamtzahl der bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle gab, sondern dieser Anstieg fiel bei **Vorfallsarten mit einem besonderen Gefährdungspotential für die Betroffenen** noch deutlicher aus.

Die Zahl bekannt gewordener politischer **Versammlungen**, in deren Rahmen es zu antisemitischen Äußerungen kam, stieg im vergangenen Jahr, wenn auch nur relativ leicht auf 48 (2017: 42). Die meisten Versammlungen, in deren Verlauf es zu antisemitischen Äußerungen in Redebeiträgen, in Parolen oder auf Transparenten kam, fanden im Mai statt – dem Monat mit den meisten antisemitischen Vorfällen des Jahres (163). Hinsichtlich einer Vielzahl von Versammlungen ist von einer gewissen „Ritualisierung“ auszugehen: Sie finden unabhängig von aktuellen politischen Entwicklungen Jahr für Jahr statt und richten sich vor allem an eine relativ kleine, bereits im Sinne der Veranstalter_innen politisierte Zielgruppe.

Geographische Verteilung und spezifische Tatorte

Die meisten bekannt gewordenen Vorfälle ereigneten sich wie schon im Vorjahr im Bezirk Mitte (146), gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf (80). Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg kam es zu einem auffälligen Anstieg der registrierten Vorfälle. Im Vergleich zu 2017 stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle von 42 auf 65. Der signifikanteste Anstieg war jedoch im Bezirk Treptow-Köpenick zu verzeichnen: Hier kam es beinahe zu einer Verdoppelung der Vorfälle von 16 (2017) auf 31 (2018). Am häufigsten ereignen sich antisemitische Vorfälle auf offener Straße oder im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese Orte sind öffentlich zugänglich und in einer Großstadt wie Berlin relativ anonym, sodass es relativ wahrscheinlich zu zufälligen, für die Betroffenen fast nie vorhersehbaren Begegnungen kommen kann. Alarmierend war im vergangenen Jahr aber, dass sich gerade diejenigen antisemitischen Vorfälle, die im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen stattfanden, mehr als verdoppelt haben. Die Zahl dieser Vorfälle stieg von 18 Vorfällen im Jahr 2017 auf 39 Vorfälle 2018. Antisemitische Vorfälle ereignen sich somit nicht nur in allen Bezirken Berlins, sie kamen 2018 auch **verstärkt an Orten vor, an denen sich die Betroffenen in ihrem Alltag regelmäßig aufhalten** und deren Frequentierung sich, wie im Fall des eigenen Wohnorts, auch nicht vermeiden lässt.

Betroffene von Antisemitismus

2018 waren in Berlin insgesamt 368 **Personen** von antisemitischen Vorfällen unmittelbar betroffen. 2017 waren es noch 213 Personen; das entspricht einem Anstieg um 73 %. Damit einher ging ebenfalls ein starker Anstieg von betroffenen Jüdinnen_Juden: Ihre Zahl stieg im Vergleich zu 2017 um 80 % auf 187 jüdische oder als jüdisch adressierte Betroffene. Über die Hälfte der direkt von antisemitischen Vorfällen betroffenen Einzelpersonen waren jüdisch.

Die Zahl der Vorfälle, in denen **Institutionen** betroffen waren, erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 8 % auf 579. Dabei ist auffällig, dass jüdische und israelische Institutionen in mehr Fällen betroffen waren als 2017. Vorfälle, die sich gegen Akteur_innen der Zivilgesellschaft richteten, wurden in deutlich geringerem Maße bekannt.

Inhaltliche Erscheinungsformen

Betrachtet man die **inhaltlichen Formen** des Antisemitismus im Jahr 2018 in Berlin, zeigt sich: In 52 % der Vorfälle wurden Stereotype verwendet, die dem Post-Schoa Antisemitismus zuzuordnen sind. Es handelt sich dabei nach wie vor um die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Äußerungen. In jedem zweiten Vorfall wurden Motive verwendet, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. Das antisemitische Othering spielte in 40 % der Vorfälle eine Rolle, während Motive des modernen Antisemitismus bei 29 % und des antisemitischen Antijudaismus bei 21 % eine Rolle spielten.

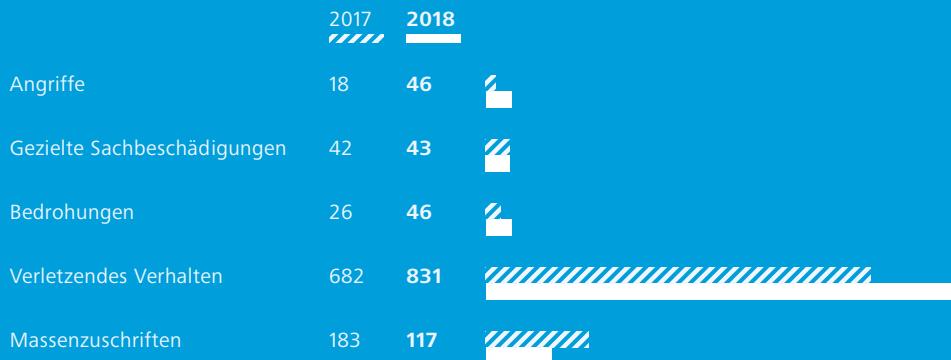
Politische Spektren

Auffallend ist, dass sich aus der jeweiligen antisemitischen Erscheinungsform nicht unbedingt Rückschlüsse auf den **politischen Hintergrund** ziehen lassen. Stereotype des israelbezogenen, des Post-Schoa sowie des modernen Antisemitismus werden von ganz unterschiedlichen Personen und Gruppen aus dem politischen Spektrum verwendet. Dies führt dazu, dass der politische Hintergrund eines Vorfalls selbst in den Fällen, in denen sich ausführlich und sehr explizit antisemitisch geäußert wird, häufig nicht eindeutig zu bestimmen ist. In knapp der Hälfte der von RIAS Berlin 2018 erfassten Vorfälle – 531 oder 49 % – ist der politische Hintergrund daher unbekannt. Zudem sind Zuordnungen oft nicht trennscharf möglich. So ist die Gruppe, der die meisten antisemitischen Vorfälle eindeutig zugeordnet werden konnten, zwar der Rechtsextremismus (193 Vorfälle), aber die Abgrenzung zu den 56 Vorfällen mit rechtspopulistischem Hintergrund (5 % der Vorfälle 2018) ist nicht immer eindeutig. Vorfälle, die dem israelfeindlichen Aktivismus zuzuordnen sind, stellen mit 9 % (101 Vorfälle) 2018 die zweitgrößte klassifizierbare Gruppe dar. Im Vergleich zur Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle spielen solche, die der politischen Mitte (77 oder 7 %), dem verschwörungsideologischen (62 oder 6 %) oder dem links-antiimperialistischen Milieu (44 oder 4 %) zugeordnet werden können, eine relativ kleine Rolle. Dem islamistischen Spektrum rechnet RIAS Berlin mit 19 Vorfällen – 2 % der Vorfälle 2018 – insgesamt am wenigsten antisemitische Vorfälle zu.

Neben den Vorfällen, die in die Statistik antisemitischer Vorfälle eingegangen sind, hat RIAS Berlin 95 weitere Meldungen erhalten, die nicht als antisemitische Vorfälle im Sinne der oben aufgeführten Kategorien eingestuft wurden, sowie 37 Meldungen, die nicht verifiziert werden konnten.

STATISTISCHE ABBILDUNGEN ANTISEMITISCHER VORFÄLLE IN BERLIN

Nach Kategorien 2017–2018



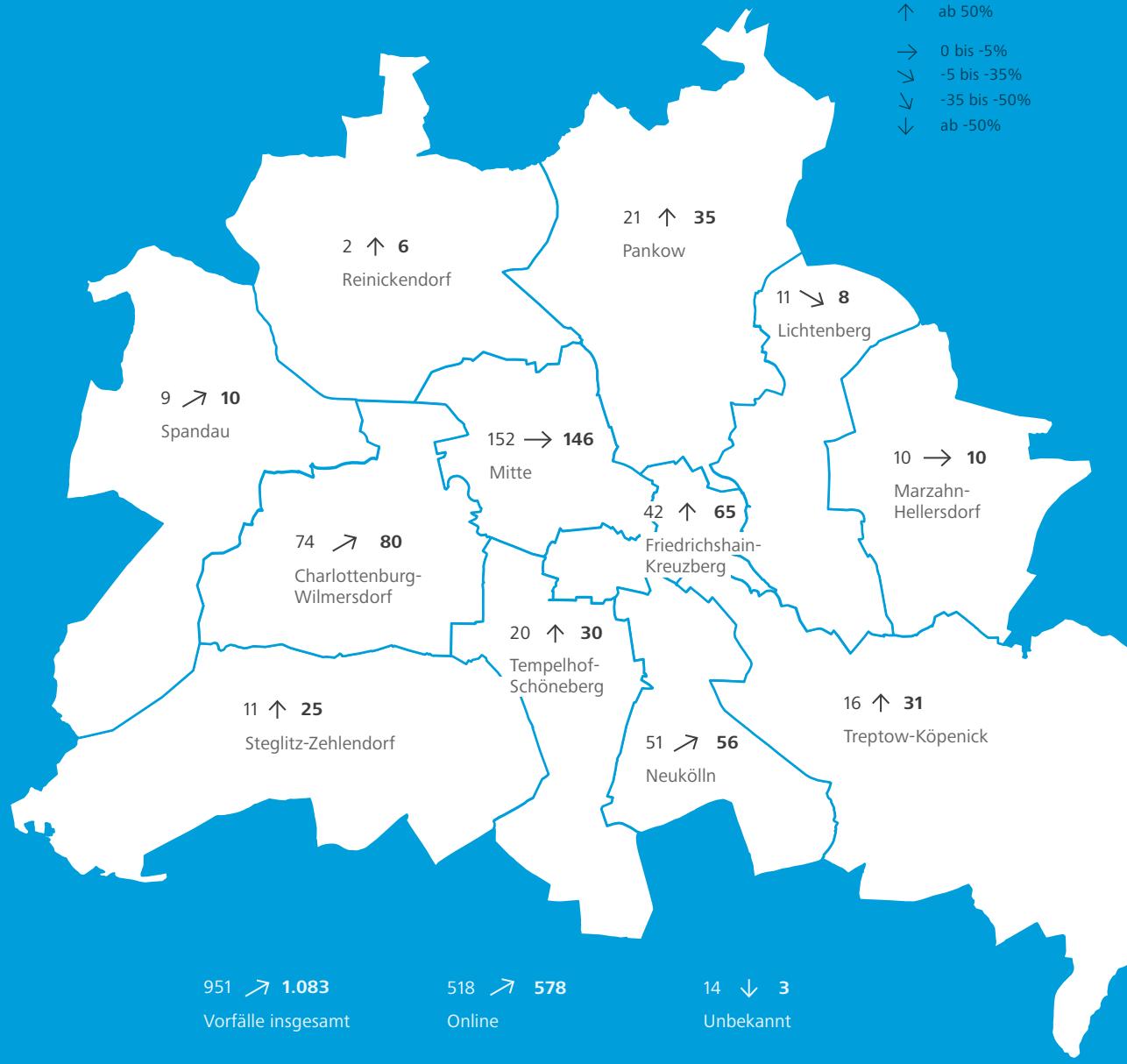
Bezirke im Vergleich

Zu- und Abnahme zwischen 2017 und 2018

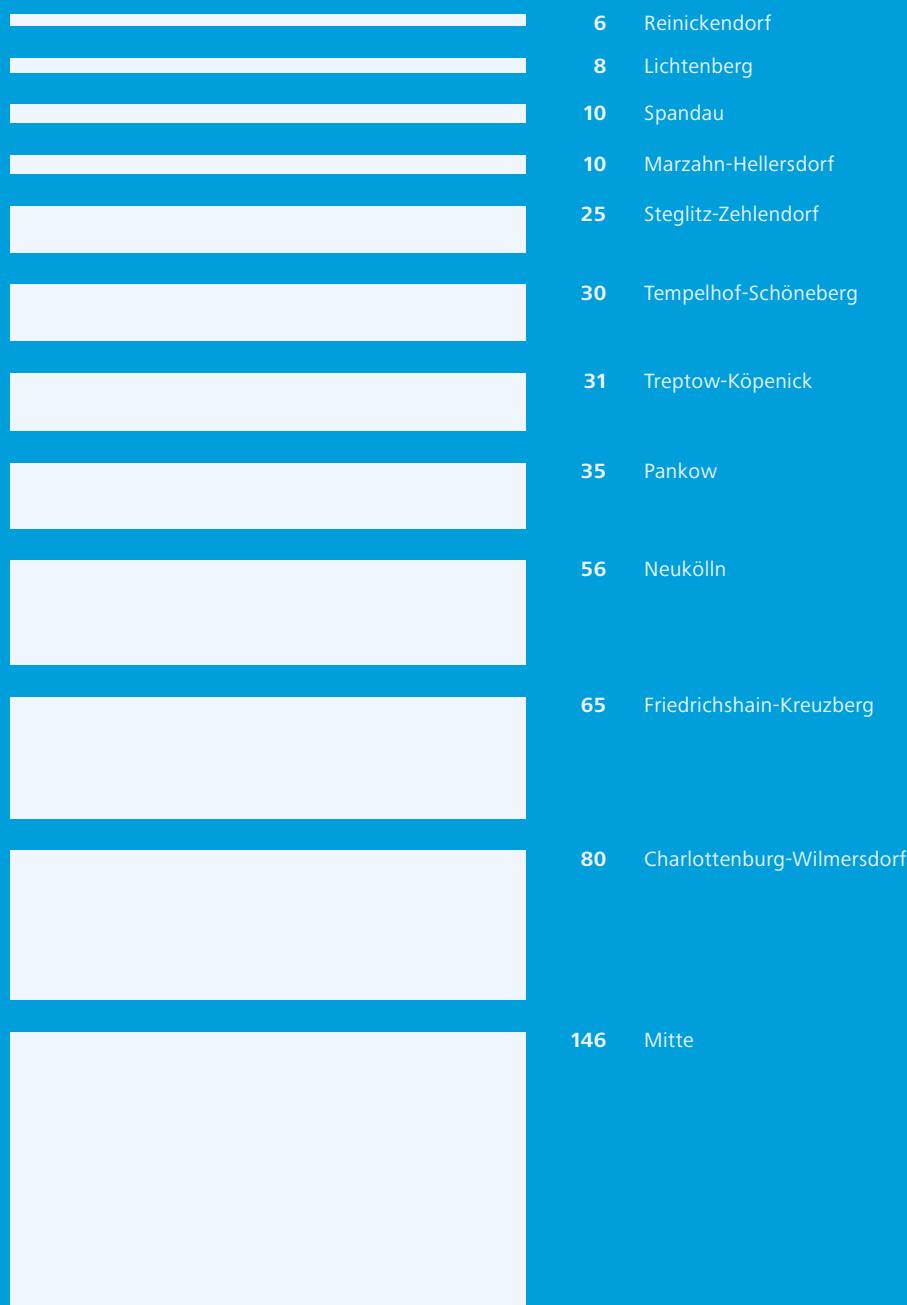
Jahreswerte
und Tendenzen
2017 → 2018

- 0 bis 5%
- ↗ 5 bis 35%
- ↗ 35 bis 50%
- ↑ ab 50%

- 0 bis -5%
- ↘ -5 bis -35%
- ↘ -35 bis -50%
- ↓ ab -50%

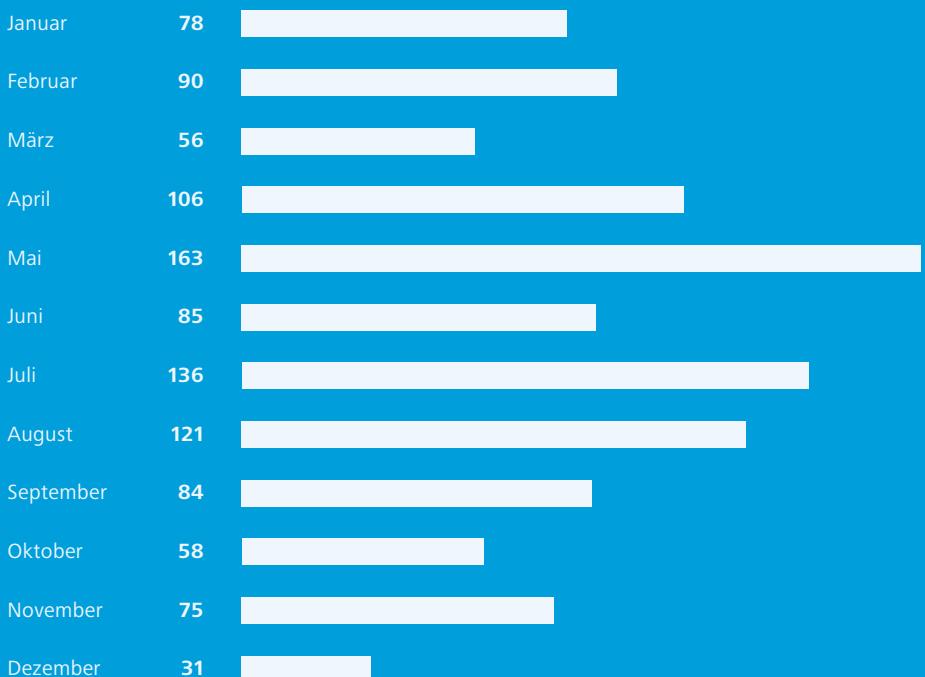


2018 nach Bezirken



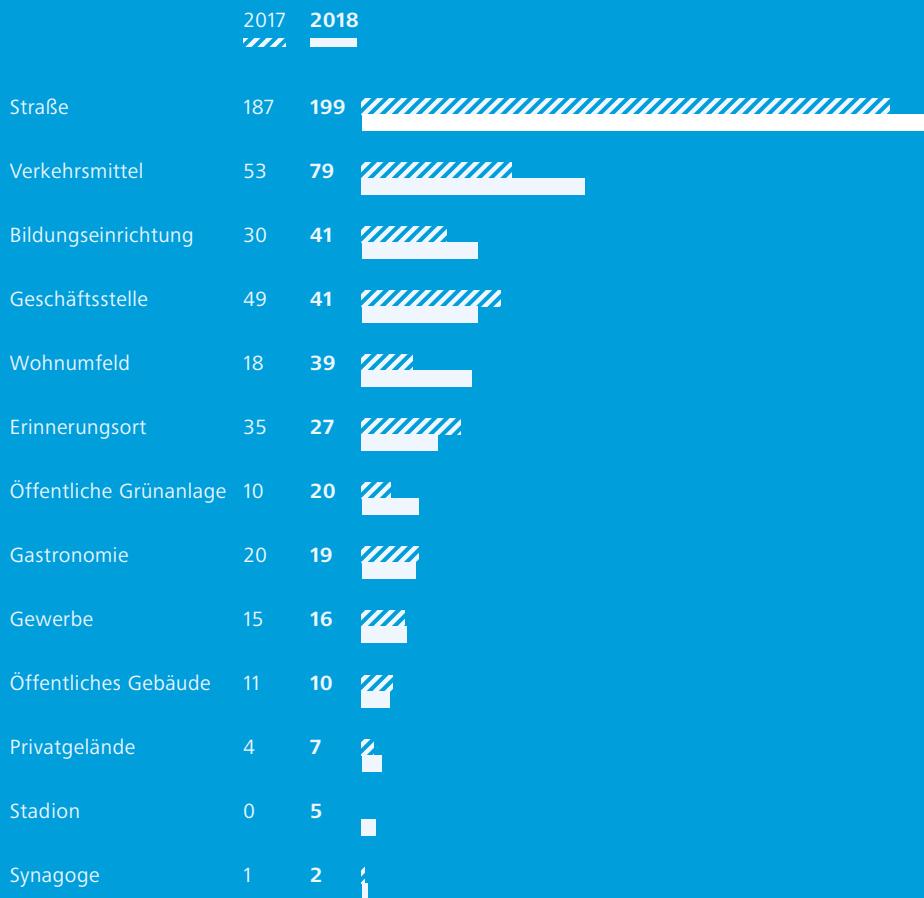
2018 nach Monaten

Gesamt 1.083
ø 90 Vorfälle pro Monat



Offline Tatorte

Vergleich 2017 und 2018



Betroffene Institutionen und Einzelpersonen

Vergleich 2017 und 2018



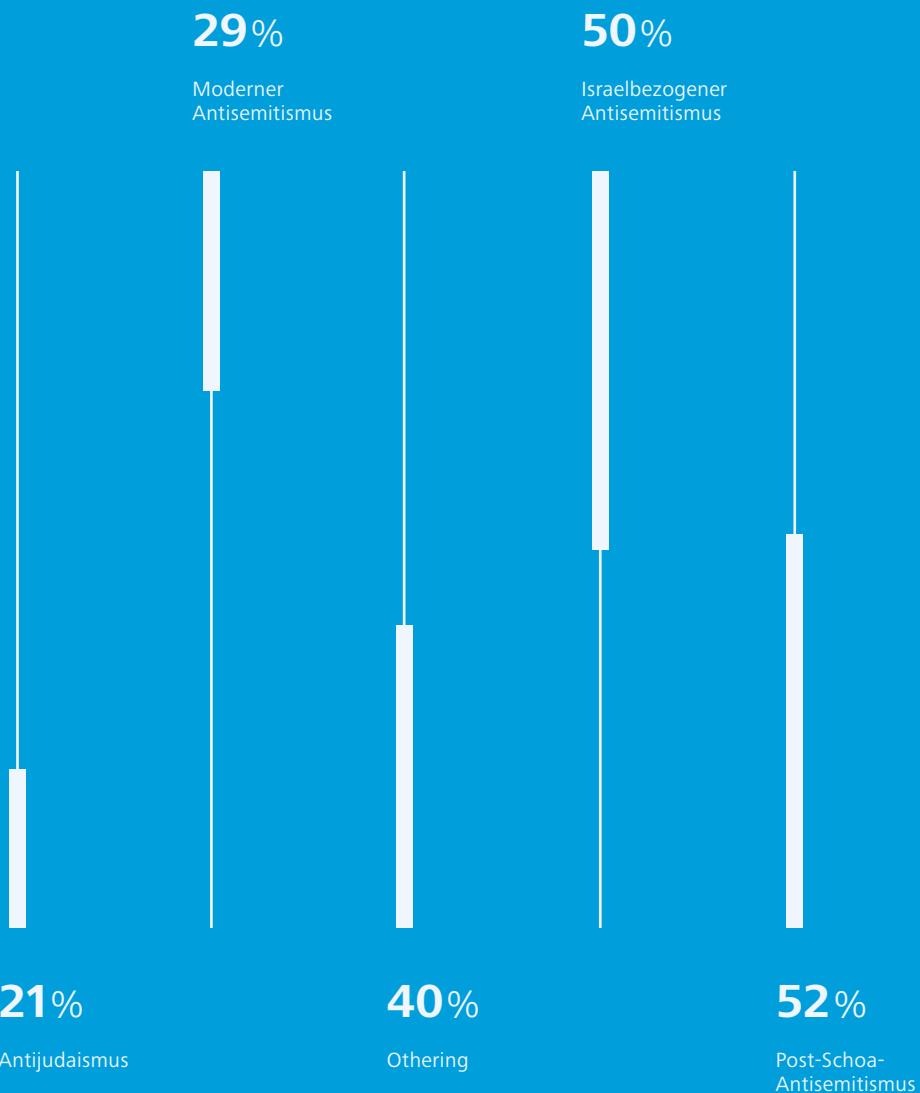
Betroffenengruppen

Vergleich 2017 und 2018

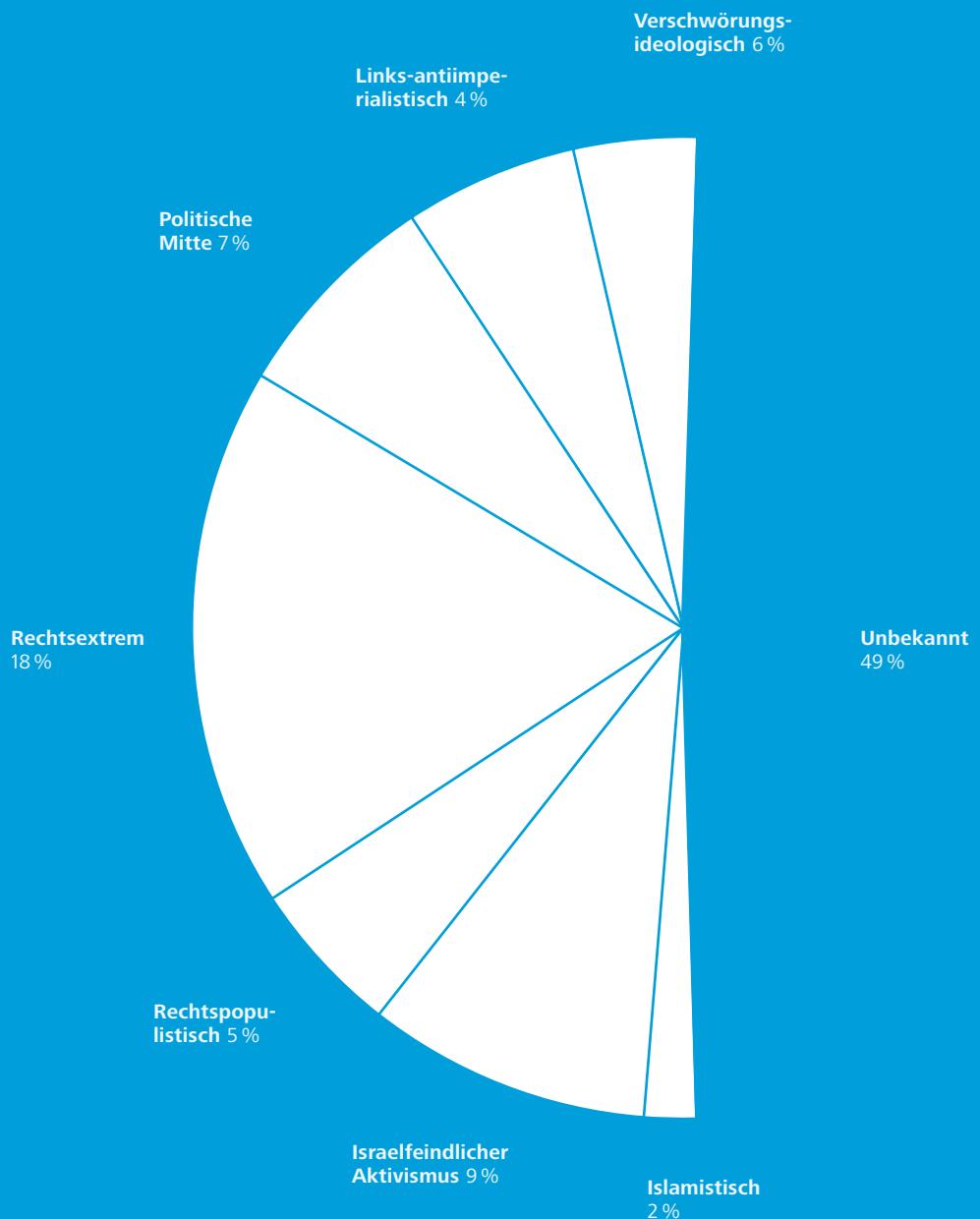


Erscheinungsformen 2018

Mehrfache Bezugnahmen
sind möglich.



Politische Hintergründe 2018



VORFALLSANALYSEN

ANGRIFFE

Als **Angriff** wird jeder körperliche Angriff auf eine Person gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine starken körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steine, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlten.⁴

Im Jahr 2018 hat RIAS Berlin 46 antisemitische Angriffe registriert (2017: 18). Sie reichten von Angriffen auf Personen, die in zufälligen Begegnungen auf offener Straße als jüdisch wahrgenommen oder erkannt wurden, bis hin zu antisemitisch legitimierten Angriffen auf politische Gegner_innen.

Insgesamt waren 86 Personen von den Angriffen betroffen, davon mindestens 13 Kinder und Jugendliche, die 18 Jahre oder jünger waren. 28 Angriffe richteten sich gegen Männer und sieben gegen Frauen. In elf Fällen waren Gruppen von zwei oder mehr Personen betroffen.

24 Personen waren jüdisch oder israelisch oder wurden als solche adressiert. In den meisten Fällen waren die jüdischen bzw. israelischen Betroffenen durch das Tragen religiöser, dem Judentum zugeordneter Kleidungsstücke oder Symboliken oder durch das Kommunizieren auf Hebräisch als jüdisch bzw. israelisch identifizierbar. Bei 43 Betroffenen handelte es sich dagegen um Personen, die als politische Gegner_innen wahrgenommen oder als pro-israelisch eingeordnet wurden. 19 Betroffene waren entweder nicht-jüdisch und wurden auch nicht als jüdisch adressiert, oder ihr genauerer Hintergrund ist unbekannt.

Inhaltlich lassen sich die meisten der Angriffe dem antisemitischen Othering zuordnen. In 25 Vorfällen wurden die Betroffenen (unabhängig von ihrem Hintergrund) als Jüdinnen_Juden und damit als „anders“ markiert. Israelbezogener Antisemitismus spielte in 18 Vorfällen eine Rolle, während Stereotype des Post-Schoa Antisemitismus und des modernen Antisemitismus in lediglich acht bzw. sechs Vorfällen verwendet wurden. Antijudaistische Stereotype kamen nur einmal vor.

⁴ In Abgrenzung hierzu werden physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen, als „extreme Gewalt“ erfasst. Seit Beginn der Erfassung 2015 wurden noch keine Fälle extremer Gewalt gemeldet.

Jeweils fünf Angriffe hatten einen links-antiimperialistischen bzw. einen verschwörungsideo-logischen Hintergrund, vier Angriffe waren dem israelfeindlichen Aktivismus und jeweils zwei dem Rechtsextremismus und dem Islamismus zuzuordnen. Lediglich einen Angriff ordnet RIAS Berlin der politischen Mitte zu. Bei einer Mehrheit der Fälle (27) reichten die öffentlich verfügbaren oder durch die Meldenden angegebenen Informationen nicht aus, um sie eindeutig im politischen Spektrum zuzuordnen.

Die RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Angriffe ereigneten sich 2018 vor allem auf offener Straße und im unmittelbaren Umfeld des ÖPNV. Hierunter zählten gewalttätige Attacken bei Demonstrationen, aber auch im Zuge von zufälligen Begegnungen an Bahnhöfen, in der U- oder S-Bahn oder auf dem Weg dorthin. Die mit Abstand meisten gemeldeten Angriffe ereigneten sich dabei im Bezirk Mitte (16), gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg (je 6). Auffallend war 2018 zudem, dass es anders als in den Vorjahren keinen Berliner Bezirk gab, in dem es nicht zu mindestens einem antisemiti-schen Angriff kam.

Die um 155 % gestiegene Gesamtzahl, aber auch die Häufung von Angriffen in bestimmten Bezirken und an bestimmten Tatorten, die Vielzahl von Fällen des antisemitischen Otherings sowie mit einem unbekannten politischen Hintergrund lassen verschiedene Schlüsse zu. Der starke Anstieg antisemitischer Angriffe spricht für eine zunehmende Verrohung aufseiten der Antisemit_innen. Der hohe Anteil von Stereotypen des antisemitischen Otherings, die bei den Angriffen verwendet werden, spricht dafür, dass Antisemitismus auch ohne weitere judenfeindliche Argumentationen niedrigschwellig zur Legitimation von Gewalt dient. Dafür spricht auch die relativ hohe Zahl von nicht-jüdischen und nicht als jüdisch adressierten Betroffenen antisemitischer Angriffe sowie die Spezifik der Tatorte: Ein signifikanter Teil der Angriffe spielte sich im Rahmen von zufälligen Begegnungen zwischen Angreifer_innen und Betroffenen ab, die in keinem erkennbaren Verhältnis zueinanderstanden (22 Vorfälle).

BEISPIELE FÜR ANGRIFFE

Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Januar:

Am frühen Morgen riefen zwei Männer in der U8 mehrmals „Israel muss brennen“ und schlugen gegen Wände und Fensterscheiben der Bahn. Ein Mitfahrer sprach die Männer an, woraufhin diese auf ihn

losgingen. Eine weitere Mitfahrerin versuchte die Männer aufzuhalten. Die Angreifer zerbrachen ihre Glasflaschen, der Glasbruch traf auch die beiden Mitfahren-den. Mit den Resten der zerbrochenen Flaschen in den Händen riefen die Männer

fortwährend weiter und schlugen gegen die Wände. Als sie schließlich ausstiegen, rief einer der Männer in Richtung der Betroffenen „Israel muss brennen. Alle Juden müssen brennen.“ Der andere trat von außen mehrmals gegen die Fensterscheibe und beleidigte weiterhin die im Waggon sitzenden Menschen.

Tempelhof-Schöneberg, 25. April: Auf dem Weg zu der Kundgebung „Berlin trägt Kippa“ wurde eine Gruppe, in der mehrere Personen Kippot oder Davidstern-Anhänger trugen, von sechs Männern und einer Frau angegriffen und antisemitisch beleidigt. Sie stellten sich der Gruppe in den Weg und eine Person fragte, ob sie zur „Zionistenveranstaltung“ in der Fasanenstraße wollen. Die Betroffenen wurden bespuckt und mit Worten wie „Verpisst Euch Ihr Juden“ und „Wir schlagen Euch Antideutschen den Kopf ein“ bedroht. Fünf der sieben Personen traten auf die Betroffenen ein, die jedoch ihren Weg fortsetzen konnten.

Neukölln, 1. Mai: Ein Mann wurde von einer Gruppe angesprochen und gefragt, ob er plakatiert habe. Sie nahmen ihm den Rucksack ab, in dem sich Plakate mit der Aufschrift „ISRAEL BLEIBT ANTIFA“ befanden. Die Gruppe von ca. 10 schwarz gekleideten Männern baute sich vor ihm auf, bezeichneten Israel als „Ausbeuterstaat“, und einer schlug dem Mann ins Gesicht, so dass er aus dem Mund blutete. Als sich die Gruppe schließlich entfernte, rief der Betroffene ihnen hinterher, dass sie keine Argumente haben würden, worauf einer aus der Gruppe antwortete: „Halt's Maul oder Du kriegst noch eine Bombe.“

Mitte, 17. Juni: Ein Jogger fand im Tiergarten einen Briefumschlag mit antisemitischen Bildern und Texten mit der

Überschrift „Seminar Zionismus Arbeitsgruppe IV.“ Neben einem CD-Rohling befanden sich in dem Umschlag kleine laminierte Bilder mit antisemitischen Comic- und Fotomotiven. Wenig später stellte der Mann fest, dass seine Augen zu tränern begannen. Es ist anzunehmen, dass die Materialien Spuren von Pfefferspray enthalten hätten.

Spandau 19. August: Ein Mann las die „Jüdische Allgemeine“ in der vollen U7. Ein anderer Fahrgast schlug ihm auf die Zeitung und verließ anschließend sofort die Bahn.

Neukölln, 8. September: Eine Jüdin wurde aufgrund ihres Davidstern-Schlüsselanhängers aus einem Spätkauf geworfen. Als der Verkäufer den Anhänger sah, rief er: „Verpisst Dich, Du Judenschlampe!“ Er begann die Frau mit Kronkorken und Müll zu bewerfen. Die Frau entgegnete, dass er ein Geschichtsbuch lesen solle, woraufhin der Mann hinter dem Tresen hervorkam und auf sie zu ging. Die Frau floh.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 22. September: Ein Mann, der einen Pullover mit der Aufschrift „Berliner Sportclub gegen Rechts“ trug, verließ kurz vor Ende des Hertha-Spiels das Stadion und verfolgte die letzten Spielminuten auf seinem Smartphone. Aus einer Gruppe von 10-15 Gladbach-Fans rempelte ein Mann ihn an und beschimpfte ihn als „Du Jude“. Der Betroffene erwiderte, dass das unerträglich und unakzeptabel sei. In dem Moment bekam er einen Schlag auf Ohr und Jochbein, so dass er seine Brille verlor. Zwei Gladbach-Fans rempelten den Betroffenen weiter an, beleidigten und bedrohten ihn und boxten ihn leicht. Von den Umstehenden griff niemand ein.

GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN

Als **gezielte Sachbeschädigungen** werden antisemitische Schmierereien, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen bzw. als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkorten gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Im Jahr 2018 wurden in Berlin 43 Fälle gezielter antisemitischer Sachbeschädigung registriert. Das entspricht dem Vorjahresniveau (42).

Eine neue Entwicklung ist, dass sich im Vergleich zum Vorjahr gezielte Sachbeschädigungen in Berlin räumlich verlagert haben. Im Bezirk-Mitte gab es mit 12 Fällen nahezu eine Halbierung gegenüber 2017 (21), dagegen haben solche Vorfälle in Friedrichshain-Kreuzberg (9), Charlottenburg-Wilmersdorf (7), Pankow (4) und Treptow-Köpenick (4) zugenommen.

Die gezielten **Sachbeschädigungen gegen Gedenkinitiativen** nahmen 2018 ab. In den 19 Fällen des vergangenen Jahres (2017: 32) waren in 10 Fällen Stolpersteine für jüdische Opfer des Nationalsozialismus, in drei Fällen Bildungsinstitutionen sowie in sechs Fällen Gedenkorte betroffen.

Zugenommen haben Sachbeschädigungen **gegen das Eigentum von Einzelpersonen** (9) im Vergleich zum Vorjahr (3), in sechs Fällen fanden diese zudem im direkten Wohnumfeld statt. In drei Fällen war das öffentliche Zeigen einer Israelfahne Auslöser für eine solche Tat. Insgesamt stieg die Zahl der gezielten antisemitischen Sachbeschädigungen mit Bezug zu Israel von drei auf neun Vorfälle. Darunter sind drei dokumentierte Fälle, in denen das Fähnchen zum Gedenken an ein israelisches Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz, Dalia Elyakim, an der Gedenkstätte zerstört wurde.

In zehn Fällen waren jüdische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte von den gezielten Sachbeschädigungen betroffen; das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von über 50 %. Betroffen waren jeweils eine Synagoge und zwei jüdische Friedhöfe, zwei Mal wurde das Jüdische Museum beschädigt. Außerdem gab es einen Hackerangriff, der sich gegen 44 Institutionen richtete, darunter eine Stiftung in Berlin. Er setzte die Webseiten außer Betrieb. In dem Bekennerschreiben einer rechtsextremen Gruppe wurde explizit auf George Soros und dessen jüdische Herkunft eingegangen.



Fähnchen für Dalia Elyakim an der Gedenkstätte für die Opfer des Terroranschlags am Breitscheidplatz vor der Entwendung. Charlottenburg, 19. Dezember 2018.

BEISPIELE FÜR GEZIELTE SACHBESCHÄDIGUNGEN

Mitte, 9. März: Im Treppenhaus des Anne Frank Zentrums wurde eine „Fuck you Israael“-Schmiererei entdeckt. Daneben hing ein handgeschriebener Zettel mit einem Pentagramm und dem Wort „Satan“.

Steglitz-Zehlendorf, 30. April: Als ein jüdischer Schüler sein durch einen Mitschüler entwendetes Basecap wiederfand, entdeckte er auf dem Label in der Innenseite zwei Hakenkreuze. Der Betroffene war an der Schule bereits häufiger antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 29. Mai: An einer Wohnungstür befestigte Israel-Flaggen wurden entfernt und im Hof des Miethauses verbrannt. Bereits einige Tage zuvor hatten Unbekannte die Papierflaggen heruntergerissen, zu Boden geworfen und auf ihnen herumgetreten.

Friedrichshain-Kreuzberg, 15. Juni: An die Wohnungstür eines jüdischen Mieters

wurde mit schwarzer Farbe ein Hakenkreuz gesprüht. Der Mann war erst einen Monat zuvor dort eingezogen.

Treptow-Köpenick, 21. August: Am Auto eines jüdischen Ehepaars wurde mit einer Schraube mutwillig ein Reifen beschädigt.

**Charlottenburg-Wilmersdorf,
28. Dezember:** Zum Jahrestag des Anschlags am Breitscheidplatz wurde neben das Foto einer israelischen Ermordeten eine Israel-Flagge platziert. Wenige Tage später war die Flagge verschwunden, während Nationalfahnen anderer Opfer unangetastet waren. Ein solcher Vorfall ereignete sich nicht zum ersten Mal, bereits in der Vergangenheit waren mehrfach Israel-Flaggen entwendet oder beschädigt worden.

Mitte, 29. Dezember: Am Briefkasten im Hausflur eines Juden wurde der Schriftzug „Judensau“ angebracht.

BEDROHUNGEN

Als **Bedrohung** gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

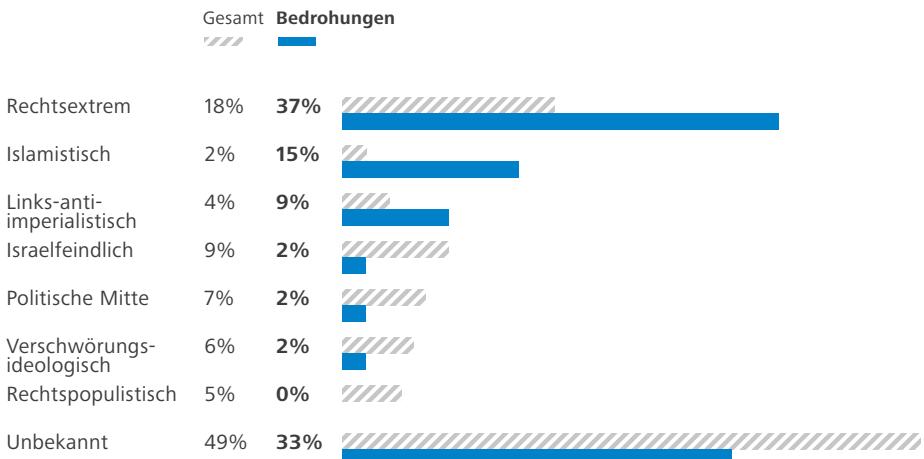
Die Anzahl der antisemitisch motivierten Bedrohungen in Berlin hat sich 2018 um fast 77 % auf 46 erhöht (2017: 26 inklusive Nachmeldungen). 19 Bedrohungen fanden online statt. Von Angesicht zu Angesicht, telefonisch oder postalisch erfolgten 27 Bedrohungen, davon jeweils fünf auf offener Straße und in gastronomischen Einrichtungen, jeweils vier in sonstigen Gewerben und im öffentlichen Nahverkehr. Je drei Mal wurden Betroffene auf ihrem Arbeitsplatz oder im unmittelbaren Wohnumfeld bedroht.

Von den 19 Bedrohungen, die ihre Adressat_innen über das Internet erreichten, erfolgten die meisten per E-Mail. Sie wurden keinem konkreten Bezirk von Berlin zugeordnet. Die Anzahl der Online-Bedrohungen hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt; 2017 waren es noch acht.

Acht der 27 einem Bezirk zugeordneten Bedrohungen wurden in Neukölln gemeldet. Schon 2017 war Neukölln einer der Bezirke mit den meisten Bedrohungen (5). Fünf Bedrohungen fanden 2018 in Charlottenburg-Wilmersdorf statt (2017: keine). In Mitte wurden 2018 vier Bedrohungen dokumentiert (2017: 6). Drei Bedrohungen ereigneten sich in Tempelhof-Schöneberg (2017: 2), je zwei in Friedrichshain-Kreuzberg (2017: 1) und Pankow (2017: 2).

Von den Bedrohungen waren 2018 in sechs Fällen jüdische bzw. israelische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte sowie 54 Personen betroffen. Die Bedrohungen trafen 21 männliche und vier weibliche Personen und in acht Fällen Gruppen von zwei oder mehr Personen. In mindestens 16 Fällen waren die Betroffenen anhand religiöser Symboliken oder Kleidungsstücke, die dem Judentum zugeordnet wurden, als jüdisch erkennbar oder es war den

Politische Hintergründe: Antisemitische Bedrohungen in Berlin 2018



Täter_innen vorher bekannt, dass sie jüdisch sind. Insgesamt waren jüdische oder israelische Personen in 23 Fällen betroffen, politische Gegner_innen in fünf Fällen, und Personen, die als jüdisch adressiert wurden, vier Mal.

31 Bedrohungen konnte ein politischer Hintergrund zugeordnet werden. Mit 17 Fällen hatte die Mehrheit der Bedrohungen einen rechtsextremen Hintergrund, sieben hatten einen islamistischen und vier einen links-antiimperialistischen Hintergrund. Je eine Bedrohung konnte der politischen Mitte, dem verschwörungs-ideologischen Milieu und dem israelfeindlichen Aktivismus zugeordnet werden.

Über die Hälfte (10 von 17) der rechtsextremen Bedrohungen erreichten ihre Adressat_innen über das Internet, vier kamen als Zuschrift oder waren gezielte Schmierereien. Zehn der rechtsextremen Bedrohungen richteten sich an Personen, die als jüdisch erkennbar waren. Allein sechs davon richteten sich gegen einen jüdischen Restaurantbesitzer, der Ende Juni und Anfang Juli teilweise mehrere antisemitische E-Mails am Tag erhielt.

Auffällig ist die Anzahl der islamistisch motivierten Bedrohungen (15 %), die den Anteil islamistischer Vorfälle an anderen Vorfallsarten deutlich übersteigt. Von allen islamistisch motivierten Vorfällen handelte es sich bei 37 % um Bedrohungen. Drei der sieben islamistisch begründeten Bedrohungen fanden online statt, vier richteten sich gegen jüdische oder israelische Einzelpersonen.

Fast die Hälfte der Bedrohungen (22) waren ausdrückliche Vernichtungsandrohungen. Über die Hälfte der Fälle (25) waren Formen des antisemitischen Otherings, 16 der 46 Fälle (35 %) waren Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus. Fast ein Drittel der antisemitischen Bedrohungen (15) wies einen Israel-Bezug auf. Auffällig ist, dass Post-Schoa Antisemitismus und israelbezogener Antisemitismus bei Bedrohungen eine geringere Rolle spielten als in der Gesamtheit aller Vorfälle.

BEISPIELE FÜR BEDROHUNGEN

Neukölln, 6. Februar: Eine Person, die einen pro-israelischen Jutebeutel mit sich trug, wurde an einer Bushaltestelle von vier Männern zunächst gefragt, ob sie „Antideutscher“ sei. Einer der Männer zeigte auf den Beutel und sagte, dass er so eine Scheiße hier nicht sehen wolle, ein anderer fragte, ob der Betroffene dort wohnen oder arbeiten würde. Als der Betroffene auch darauf nicht antwortete, wurde er sexistisch beleidigt. Der Betroffene verließ die Bushaltestelle, woraufhin ihm hinterhergerufen wurde, dass man genug Fotos von ihm gemacht habe.

Mitte, 27. März: In einem Restaurant unterhielt sich eine Mutter mit ihrem Sohn auf Hebräisch, als sich unvermittelt ein Mann dazusetzte und sie mit NS-verherrlichen und Schoa-Leugnung andeutenden Aussagen konfrontierte. Er forderte die beiden Betroffenen auf, „von hier“ wegzugehen. Als der Sohn ihm entgegnete, er gehe nirgendwo hin, drohte ihm der Mann.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 4. Juni: Ein jüdisches Ehepaar befand sich abends auf dem Gehweg vor seinem jüdisch-koscheren Restaurant. Ein Unbekannter äußerte in Richtung des Mannes, „dass in Berlin kein Platz für Juden sei“. Anschließend erhob der Mann eine mitgeführte Bierflasche und fragte ihn, ob er denn wisse, „wie lautloses Töten gehe.“ Des Weiteren beschimpfte er ihn als „Kindertöter“ und forderte ihn auf, „in sein gelobtes Land zurückzukehren.“

Steglitz-Zehlendorf, 9. Juli: Ein Mann wurde in der Umkleidekabine eines Fitnessstudios auf den Davidstern-Anhänger seiner Kette und ein Krav Maga T-Shirt angesprochen und gefragt ob er provozieren wolle. Als der Betroffene nicht verstand, was gemeint war, wurde der Mann aggressiver, baute sich vor ihm auf und sagte, dass er Palästinenser sei, sich durch die Symbole provoziert fühle und sie das gerne gleich ausdiskutieren könnten.

Online, 15. Juli: Ein israelisches Restaurant erhielt eine antisemitische E-Mail. In dieser wurde u.a. angekündigt, dass „Solche Leute wie Sie [...], die ersten sein [werden], die in Gefahr schweben.“ Des Weiteren hieß es, dass sich die „verwöhnten Kakerlaken“ bald wünschen würden, sie hätten Selbstverteidigung gelernt, da die Polizei bald nicht mehr existiere.

Online, 16. September: Eine Produktionsfirma, die ein satirisches Video gedreht hatte, erhielt eine E-Mail mit Morddrohungen: „Und es sind wieder Juden wie ihr die so Hetze betreiben. Ihr Juden seid ein Geschwür. Euch muss man ermorden!! SO dreist und verlogen seid nur ihr. Wir ermorden euch eines Tages.“

Mitte, 12. Oktober: Drei Menschen, von denen zwei eine Kippa trugen, wurden in einer Einkaufsstraße von einem Mann angesprochen und beleidigt. Ein Passant kam den Betroffenen zu Hilfe, woraufhin

der Mann aggressiv wurde und drohte, „ihm die Beine zu brechen“. Im weiteren Verlauf des Gesprächs behauptete der Mann, dass Jüdinnen_Juden niemals Deutsche sein könnten und dass es eine Provokation sei, in der Öffentlichkeit Kipot zu tragen. Als ein Betroffener erzählte, dass er Enkel eines Schoa-Überlebenden sei, reagierte der Mann mit Leugnungen der Schoa.

VERLETZENDES VERHALTEN

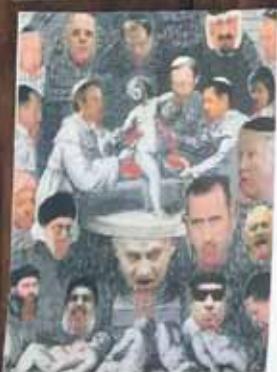
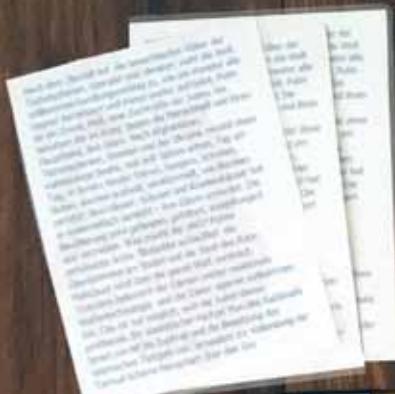
Die Kategorie **verletzendes Verhalten** umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text selbst antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Schmierereien oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.⁵

Für 2018 wurden 831 Fällen verletzenden Verhaltens dokumentiert. Auch in diesem Jahr war das mit Abstand der größte Anteil (77 %) an allen bekannt gewordenen Vorfällen. Im Vergleich zu 2017 wurden 149 mehr Fälle verletzenden Verhaltens bekannt, wobei die Anzahl der per E-Mail und auf Social Media-Kanälen getätigten Anfeindungen gegen Personen oder Institutionen um 34 % auf 442 anstieg (2017: 329). Auch die Fallzahl verletzenden Verhaltens außerhalb des Internets lag mit 389 höher als im Jahr zuvor (2017: 345). Diese Fälle umfassen antisemitische Propaganda, Schmierereien, Versammlungen oder Anfeindungen von Angesicht zu Angesicht.

Direkt betroffen waren mindestens 208 Einzelpersonen, was gegenüber dem Vorjahr (138) eine Erhöhung um 51 % bedeutet. Insbesondere wurden Jüdinnen_Juden und Israelis häufiger angefeindet: Der bereits hohe Wert für 2017 (78 Personen) hat sich 2018 noch einmal um gut zwei Drittel erhöht (132).

Zudem wurden in 434 Fällen jüdische und nicht-jüdische Institutionen oder zivilgesellschaftliche Projekte direkt angefeindet (2017: 343). Mit 388 Fällen waren dabei am häufigsten jüdische oder israelische Institutionen betroffen, in den meisten Fällen handelte es sich um Zuschriften per Post oder online.

⁵ Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum abzielen, werden hingegen in der Kategorie „Massenzuschriften“ behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung, bei der Versammlung gerufene Parolen oder Transparente, Plakate u.Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.



Die Geschichte wird beweisen das Assad noch schlimmer als IS ist!
Das System der „Ausgewählten“ fasst sich vor Menschen, die es wagen gegen extreme Vertreter wie Churchill, Stalin, Roosevelt, aber Assad zu kämpfen und wirnt sie an dem ehemaligen Gott glauben und nicht an den Juden und seine Partner, dann sind das böse Nazis und zuletzt die Deutschen! darf

„Die Geschichte wird beweisen das Assad noch schlimmer als IS ist! Das System der „Ausgewählten“ fasst sich vor Menschen, die es wagen gegen extreme Vertreter wie Churchill, Stalin, Roosevelt, aber Assad zu kämpfen und wirnt sie an dem ehemaligen Gott glauben und nicht an den Juden und seine Partner, dann sind das böse Nazis und zuletzt die Deutschen! darf“



Laminierte antisemitische Propaganda, die in der Nähe des Hauptbahnhofs gefunden wurde, Moabit, 25. Juli 2018.

Einschüchterung gedroht werden wird um verantwortlich für diesen „DIESMAI ECHTEN HOLOCAUST“ und werden die gleichen Parteien vor denen Hitler aktiv gewesen sind.

Wie schon 2017 war Mitte der Bezirk mit den meisten Fällen antisemitischen verletzenden Verhaltens (113), gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf (62). In beiden Bezirken haben sich die Zahlen geringfügig vermindert. Deutliche Anstiege waren in Friedrichshain-Kreuzberg (von 37 auf 49), Pankow (von 15 auf 28), Treptow-Köpenick (von 12 auf 25) und Steglitz-Zehlendorf (von 7 auf 22) zu verzeichnen.

Die Anzahl der Fälle, in denen verletzendes Verhalten in einer mündlichen Auseinandersetzung erfolgte, also in denen antisemitische Inhalte propagiert, in der Öffentlichkeit antisemitisch gepöbelt oder Einzelpersonen von Angesicht zu Angesicht antisemisch beschimpft wurden, erhöhte sich um 28 % auf 120 (2017: 94). Am häufigsten waren von solchen Vorfällen Jüdinnen_Juden und Israelis betroffen (84 Personen in 40 Fällen), fast immer Personen, die als jüdisch/israelisch erkennbar waren.

In 175 Fällen wurden antisemitische Inhalte in der Öffentlichkeit ausgestellt – ob in Form von Propaganda auf Plakaten oder Aufklebern oder als Schmierereien. Hierzu gehören auch die NS-relativierenden und verschwörungsmythologischen Schilder, die eine Person aus dem verschwörungsideologischen Milieu regelmäßig an viel frequentierten Orten wie dem Pariser Platz oder in der Nähe des S-Bahnhofs Friedrichstraße präsentiert. Gerade bei Schmierereien war ein häufiger Einsatz von Davidsternen auffällig (44 Fälle). Meistens wurden damit entweder Personen oder Gruppen als jüdisch markiert, die Davidsterne wurden durchgestrichen und/oder in Kombination mit okkulten Symbolen in Bezug zueinander gesetzt.

Online-Fälle von verletzendem Verhalten waren meist Zuschriften per E-Mail oder über Online-Kontaktformulare (330 Fälle), seltener wurden Anfeindungen über Social Media dokumentiert (112 Fälle). Betroffen waren in der Mehrheit der zusammengekommenen 442 Fälle jüdische oder israelische Institutionen (363). Vorfälle gegen erkennbar jüdische bzw. israelische Personen (38), zivilgesellschaftliche Initiativen (22) und sonstige Einzelpersonen oder Institutionen wurden in geringerem Maße gemeldet.

Eine für Betroffene besonders schwerwiegende Art des antisemitischen verletzenden Verhaltens ist Diskriminierung. 2018 wurden zehn solche Fälle dokumentiert, die meisten am Arbeitsplatz (3) und an öffentlichen (3) und kommerziellen Einrichtungen (2).

Von den insgesamt 831 Fällen verletzenden Verhaltens konnten 468 ein politischer Hintergrund zugeordnet werden. Mit 150 Vorfällen ist Rechtsextremismus der häufigste politische Hintergrund bei verletzendem Verhalten, gefolgt vom israelfeindlichen Aktivismus (96) und der politischen Mitte (77). 54 Fälle wurden dem verschwörungsideologischen Milieu zugeordnet und 53 dem Rechtspopulismus.

Überdurchschnittlich häufig traten Fälle von verletzendem Verhalten im Internet auf (63 %). Auffällig waren hier einige Unterschiede zur Gesamtverteilung: Der Anteil der verletzenden Anfeindungen im Internet, welcher der politischen Mitte bzw. dem rechtspopulistischen Milieu zugeordnet werden kann, ist jeweils ungefähr doppelt so hoch wie ihr jeweiliger

Anteil an der Gesamtzahl der Vorfälle. 65 der 77 Vorfälle aus dem Spektrum der politischen Mitte waren Anfeindungen über das Internet. Das sind 15 % der Fälle, obwohl diese Vorfälle insgesamt nur 7 % ausmachen. Bei Vorfällen mit rechtspopulistischem Hintergrund kann ein ähnliches Verhältnis beobachtet werden: Insgesamt machen diese nur 5 % der Gesamtzahl aus, bei verletzendem Verhalten online jedoch 11 %. 48 von 56 rechtspopulistischen antisemitischen Vorfällen (86 %) fallen hierunter. Beim verschwörungsideologischen Milieu ist ein gegenteiliges Verhältnis auffällig: Während nur acht Fälle von verletzendem Verhalten online diesem Milieu zugeordnet werden konnten, waren offline fast sechsmal so viele Fälle (46) zu verzeichnen.

Insbesondere bei Online-Fällen spielte Othering eine beträchtliche Rolle (57,7 %). Das lag nicht zuletzt daran, dass antisemitische Zuschriften oder Kommentare mit Israel-Bezug sich häufig an jüdische (nicht-israelische) Einzelpersonen oder Institutionen richteten und diese in Haftung für reale oder imaginäre Missstände in Israel und dem Nahen Osten nahmen, ohne dass die Betroffenen einen entsprechenden Anlass gegeben hätten. Insgesamt konnten 202 solcher Zuschriften dokumentiert werden, davon 189 online. Eine wesentlich geringere Präsenz hatte Othering offline (30 %) – eine Divergenz, die sich auch bei israelbezogenen Vorfällen beobachten lässt (64 % online gegenüber 30 % offline).





Eine von mehreren antisemitischen Schmierereien, die in der Firlstraße und der Wilhelminenhofstraße vorgefunden wurden, Oberschöneweide, 1. Dezember 2018.

BEISPIELE FÜR VERLETZENDES VERHALTEN

Friedrichshain-Kreuzberg, 20. Januar:

Mit einem schwarzen Marker wurde ein Hertha BSC-Sticker mit einem Davidstern übermalt.

Pankow, 24. März: In der U2 sang eine Gruppe männlicher Anhänger des Fußballvereins Dynamo Berlin das Schoa verherrlichende „U-Bahn-Lied“, wobei sie als Ausgangspunkt für die besagte U-Bahn Lichtenberg nannten.

Mitte, 20. April: Eine jüdische Institution erhielt eine Postkarte von einer „Verbin-

dung Deutsch-Nationaler“. Auf der Rückseite befand sich ein handschriftlicher Text, in dem u.a. stand, Jüdinnen_Juden seien „Diebe an Geld und geistigem Eigentum deutscher und anderer Nationen! Dummdreister Gerissener Ausbeuter und Blutsauger der Menschen“.

Friedrichshain-Kreuzberg, 9. Mai: Eine Radfahrerin beschimpft ein älteres Ehepaar: „Am besten hätte ich Euch totgefahren, Ihr Judenscheißer“. Die Frau hatte zuvor vom Rad absteigen müssen, um die Betroffenen auf dem Gehweg passieren zu können.

Berlin, 23. Mai: Ein Posting einer jüdischen Institution zum Fußballspiel Energie Cottbus gegen Babelsberg 03 (bei ihren Begegnungen war es in der Vergangenheit immer wieder zu u.a. antisemitischen Vorfällen gekommen) wurde mit den Worten: „Uhhh... Die Jews reißen das Maul auf?? Aber Palästinenser killen ist genehmigt oder wat?! Na denn... HEIL MERKEL IHR HIPPIES...“ kommentiert.

Berlin, 18. Juni: Gegenüber einer Jüdin wurde sich in einer Twitter-Konversation antisemitisch geäußert. So behauptete der Nutzer u.a., dass Jüdinnen_Juden krank seien. Er dämonisierte Israel, indem er behauptete, Israel würde Palästinenser_innen schlimmer als Tiere behandeln, und wünschte sich, Israelis würden auf dieselbe Weise behandelt werden.

Mitte, 25. Juli: In der Nähe des Hauptbahnhofs wurden lamierte Karten mit antisemitischen Inhalten entdeckt. Auf der Vorderseite der Karten sind Bilder und Karikaturen zu sehen, auf der Rückseite stehen verschwörungsideologische und antisemitische Texte. Sowohl auf Bildern als auch in Texten werden Jüdinnen_Juden und als solche markierte Personen dehumanisiert.

Pankow, 11. August: Die Teilnehmenden einer Protest-Kundgebung gegen antisematische Aussagen eines Falafelverkäufers wurden beschimpft. Ein vorbeifahrender Radfahrer schrie den Demonstrierenden zu: „Judens, Ihr seid die Nazis von heute“ und „Wir brauchen Euch und Euren Scheiß hier nicht“.

Mitte, 13. Oktober: Ein Mann zeigte NS-relativierende Plakate. Auf ihnen werden der Begriff „Nazi“ von „Nationalistisch Zionistisch“ abgeleitet und Zionist_innen als Faschist_innen bezeichnet. Der Mann, Usama Z., zeigt seine antisemitischen Plakate regelmäßig an verschiedenen Orten in Berlin. Als eine Gruppe ihn dazu auffordert zu gehen, erklärte ihnen ein umstehender Mann, dass er „einfach mal die Wahrheit“ sage. Eine hinzukommende Frau bezichtigte Israel schreiend verschiedenster Verbrechen.

Friedrichshain-Kreuzberg, 16. Oktober: In einem Treppenhaus wurden mehrere Schmierereien wie „9mm für Zionisten“ und „ANTIDEUTSCHE TOTSCHLAGEN“ entdeckt, darunter waren jeweils Hammer und Sichel gezeichnet.

Treptow-Köpenick, 1. Dezember: In der Firlstraße und der Wilhelmshofstraße wurden zahlreiche antisemitische Schriftzüge entdeckt, u.a. „Jude verrecke“, „Jude raus“ und „Stirb Jude“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 8. Dezember: Eine Hebräisch sprechende Reisegruppe von ungefähr 15 Personen wurde am Mahnmal Gleis 17 mit den Worten „Scheiß Juden“ angepöbelt. Die israelischen Tourist_innen verstanden die Bedeutung der Worte und entzogen sich auf Anraten ihres Reiseführers schnell der Situation.

VERSAMMLUNGEN

Als **antisemitische Versammlungen** zählt RIAS Berlin Demonstrationen oder Kundgebungen unter freiem Himmel sowie öffentlich zugängliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, wenn entweder auf den Versammlungen selbst (in Form von Wortbeiträgen, gerufenen Parolen, gezeigten Transparenten oder verteilten Propagandamaterialien) oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Sie werden als eine spezifische Form des verletzenden Verhaltens gezählt. Kommt es im Kontext solcher Versammlungen zu Bedrohungen, Angriffen oder Sachbeschädigungen, so werden diese in der entsprechenden Kategorie als eigene Vorfälle registriert.

Beim Monitoring sowie bei der Analyse von Versammlungen kooperiert RIAS Berlin häufig mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz), den Berliner Registern, dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)..

2018 hat RIAS Berlin 48 antisemitische Ausdrucksformen auf Versammlungen in Berlin registriert (2017: 42). Der Anstieg geht vor allem auf eine Zunahme von rechtsextremen Versammlungen mit antisemitischen Inhalten zurück (10; 2017: 4). Darunter fallen zwei Kundgebungen im Rahmen der bundesweiten Solidaritätswoche für die inhaftierte Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck, zwei BÄRGIDA-Demonstrationen, eine Veranstaltung des sogenannten Volkslehrers, der überregionale Marsch zur Glorifizierung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß sowie vier überregionale Demonstrationen einer migrationsfeindlichen Mobilisierung.

Die Anzahl von Versammlungen mit Bezug zum Nahost-Konflikt blieb konstant bei knapp über 30. Die gemeinsame Teilnahme und Bündnisfähigkeit von links-antiimperialistischen, islamistischen und israelfeindlichen Aktivist_innen ist nach wie vor charakteristisch für Versammlungen mit einer israelfeindlichen Ausrichtung (vgl. Bericht antisemitischer Vorfälle 2017). Neben den alljährlich wiederkehrenden Versammlungen war ein neuer Anlass der gewaltvolle, als „Great Return March“ bezeichnete Versuch mehrerer tausend Personen, die Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Israel zu überwinden.



Delegitimierung Israels auf einem Transparent anlässlich des „Great Return March“. Eine Landkarte mit dem Mandatsgebiet Palästinas, ohne die Umrisse des heutigen Staates, negiert das Existenzrecht des jüdischen Staates. Neukölln, 18. April 2018.

Fast alle der erfassten Versammlungen (44) waren Demonstrationen, Kundgebungen oder Protestaktionen unter freiem Himmel. Darunter fallen allein zehn Versammlungen im Monat Mai und sieben im November, den beiden Monaten mit der größten Anzahl von Versammlungen. Vier weitere Versammlungen fanden in geschlossenen Räumen wie Kulturzentren oder Restaurants statt, waren aber öffentlich zugänglich.

Geografisch betrachtet fand mehr als die Hälfte der Versammlungen (26 Fälle) im Bezirk Mitte statt. Diese Häufung geht vor allem auf die hohe Dichte repräsentativer, symbolträchtiger und stark frequentierter Orte in diesem Bezirk zurück. Sieben Versammlungen wurden in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und neun in Neukölln registriert.

In den vergangenen Jahren lässt sich eine Ritualisierung politischer Versammlungen zu jährlich wiederkehrenden Anlässen beobachten, in deren Zuge es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt. Hierzu gehören neben Versuchen, den 1. Mai oder die Pride Week für eine israelfeindliche Agenda zu vereinnahmen, auch der sogenannte Nakba-Tag, der zeitnah zum Gründungstag des Staates Israel am 15. Mai stattfindet. Außerdem findet jedes Jahr zum Ende des Ramadans der Qudstag-Marsch statt. Seit 1996 demonstrieren in Berlin-Charlottenburg Anhänger_innen des iranischen Regimes und israelfeindliche Aktivist_innen für die Zerstörung Israels. (Siehe zum Qudstag-Marsch 2018 den ausführlicheren



Solidaritätsbekundungen mit der inhaftierten Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck beim Heß-Marsch, Lichtenberg, 18. August 2018.

Monitoring-Bericht auf Seite 51.) Hierzu zählen aber auch die Kundgebungen der Gruppe BDS Berlin anlässlich der Fruit Logistica und der Internationalen Tourismusmesse im Frühjahr in Berlin-Westend.

Abgesehen von diesen ritualisierten Daten dienten aktuelle politische Entwicklungen als Anlässe für Versammlungen und Veranstaltungen mit antisemitischen Inhalten. Akteur_innen des israelfeindlichen Aktivismus versuchten 2018, größere Demonstrationen für ihre eigene politische Agitation zu nutzen. So beteiligten sie sich am „Women’s March“ im Januar oder an der „Unteilbar“-Demonstration im Oktober und trugen antisemitische Inhalte hinein. Im rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrum wurde auf aktuelle Debatten wie zum UN-Migrationspakt mitunter mit antisemitischen Verschwörungsmythen oder revisionistischen Inhalten reagiert.

Eine neue Entwicklung, die sich wohl auch in der nahen Zukunft fortsetzen wird, war 2018 eine vermehrte Beteiligung von englischsprachigen Akteur_innen an Versammlungen des israelfeindlichen Spektrums. Dies ist insofern von Relevanz, als die Inhalte auf den Versammlungen dadurch stärker durch die im englischsprachigen Raum offener und aggressiver vorgetragene Israelfeindschaft geprägt waren. Auch antisemitische Aussagen mit Bezug zum Nahost-Konflikt werden auf diesen Veranstaltungen zunehmend normalisiert.

BEISPIELE FÜR VERSAMMLUNGEN

Neukölln, 8. April: Auf einer israelfeindlichen Demonstration unter dem Motto „Great March of Return“ wurden u.a. Parolen wie „From the river to the sea – Palestine will be free“ skandiert. Über Lautsprecher wurden Teilnehmende der Demonstration davor gewarnt, dass auch „zionistische Journalisten“ anwesend seien. Des Weiteren wurde in einem Lied der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf zivile Ziele in Israel legitimiert, und in einer Rede wurde bedauert, dass man „leider“ keine Werbung für die Hizbollah machen dürfe.

Neukölln, 20. April: Bei einer Solidaritätsbekundung für den „Great March of Return“ vor dem Rathaus Neukölln wurde die Schoa insofern relativiert, als auf einem Transparent Gaza mit einem Ghetto gleichgesetzt wurde: „Gaza, das größte Gefängnis der Welt! Beendet die Gaza Blockade! Macht die Ghetto-Tore auf!“

Friedrichshain-Kreuzberg, 27. April: Auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Decolonise Palestine. Stop Apartheid“ stellte der Referent in einem Stadtteilladen die Arbeit der Terrororganisation PFLP vor, auch auf dem Plakat wurde mit deren Emblem geworben. Die PFLP setzt sich die Abschaffung des Staates Israels zum Ziel.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 21. Mai: Im Rahmen einer Kundgebung türkischer Nationalist_innen vor der israelischen Botschaft wurden Parolen wie „Kindermör-

der Israel“ skandiert. Eine Frau schrie: „Für eure Gaskammer zahlen jetzt andere. Aber die sind kein Stück besser als die Nazis damals.“ In einer Rede wurden das Existenzrecht Israels bestritten und die Schoa relativiert. So hieß es u.a. „Sie haben in Deutschland was Schlimmes erlebt. [...] 5 Millionen wurden vergast oder so. Aber das Gleiche können sie nicht zu den anderen machen. [...] Und die Türkei [...] wird auch alles tun, dass Israel nicht mehr mit Gewalt gegen Palästinenser vorgeht.“

Mitte, 27. Mai: Auf einer AfD-Versammlung war ein Schild mit verschiedenen Verschwörungsmythen zu sehen. Darauf abgebildet waren u.a. ein vom Davidstern eingerahmter Bundesadler, ein Buch mit dem Titel „Coudenhove-Kalergi HOOTON“ und einem Freimaurerzeichen auf dem Buchrücken. Im Umfeld der Versammlung wurden Flyer einer Solidaritätswebseite für die inhaftierte Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck verteilt.

Mitte 14. Juni: Rechtsextreme versammelten sich anlässlich einer Solidaritätskundgebung für die Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck vor dem Brandenburger Tor. Im Umfeld zeigte Usama Z. antisemitische Plakate.

Mitte, 12. Oktober: Auf einer anti-israelischen Kundgebung am Brandenburger Tor forderte ein Redner: „Schluss mit Schuldgefühlen wegen des Kriegs, die jetzige Generation hat nichts mehr damit zu tun.“

MASSENZUSCHRIFTEN

Als **antisemitische Massenzuschriften** kategorisiert RIAS Berlin antisemitische Texte, die sich an mindestens zwei Adressat_innen richten oder die auf andere Art und Weise ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an jüdische Adressat_innen verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen beinhalten.

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin 117 antisemitische Massenzuschriften dokumentiert, 68 weniger als im Vorjahr (Rückgang um 37%). Bis auf eine an mehrere Bundestagsabgeordnete gerichtete postalische Zuschrift sind all diese Zuschriften per E-Mail erfolgt. Sie richteten sich meistens an zivilgesellschaftliche Initiativen (89), seltener an jüdische oder israelische Institutionen (17). Nur in zehn Fällen waren Einzelpersonen betroffen.

Ein Grund für den Rückgang der antisemitischen Zuschriften ist eine geringere Aktivität von einigen wenigen Urheber_innen, die noch 2017 für einen beträchtlichen Teil der E-Mails verantwortlich waren. Die E-Mails enthielten antisemitische Verschwörungsmythen sowie Aussagen, welche die Schoa relativieren und Jüdinnen_Juden, aber auch Israel dämonisieren. Die eindeutige Zuordnung eines politischen Hintergrunds war bei den Texten nicht möglich. Die Anzahl solcher Massenzuschriften verringerte sich von 137 auf 83 Vorfälle.

Insgesamt konnte 29 der 117 antisemitischen Zuschriften ein politischer Hintergrund eindeutig zugeordnet werden. In einer überwiegenden Mehrheit (22 Fälle) waren die Verfasser_innen Rechtsextreme. Drei Massenzuschriften wurden als rechtspopulistisch zugeordnet, je zwei entstammten dem verschwörungsideoologischen Milieu und der politischen Mitte.

In vielen Massenzuschriften waren fast alle der hier unterschiedenen Formen des Antisemitismus nachweisbar. 89 % der Massenzuschriften enthielten Aspekte des Post-Schoa-Antisemitismus, 87 % des modernen Antisemitismus, 62 % des israelbezogenen Antisemitismus. Mit 76 % sind Massenzuschriften die Vorfallsart, in welcher Antijudaismus am häufigsten vorkam. Massenzuschriften sind damit die inhaltlich diffuseste Vorfallsart. Eine Ausnahme war lediglich antisemitisches Othering, das in nur drei der 117 Zuschriften artikuliert wurde.

BEISPIELE FÜR MASSENZUSCHRIFTEN

Online, 1. März: Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen erhielten eine E-Mail mit antisemitischen Verschwörungsmythen. Der E-Mail zufolge säßen „Rothschild-Marionetten in den europäischen Regierungssesseln“. Die „Struppenzieher“, „Soros und [die] Rothschilds (...) betreiben die Umsiedlung von weiten Teilen der afrikanischen Bevölkerung nach Europa“, um „die Europäer inklusive der Deutschen zur reinen Manövriermasse der internationalen Finanzeliten“ zu machen. Das System hielte sich aufrecht, „weil Soros und Rothschild die Struppenzieher der meisten westlichen Konzernmedien sind, welche die Bevölkerung dumm und doof halten“.

Online, 19. April: Ein Blogger aus Nordrhein-Westfalen schickte an mehrere Personen Kommentare zur Berichterstattung über den antisemitischen Angriff im Bezirk Pankow am 17. April 2018. In dem Kommentar bezeichnetet er den Angriff als „Falseflag-Aktion“, die nur zeige, „dass Zionisten lügen können, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden“. Die „Antisemitismus-Lüge“ sei ein Trick, um die Verfassung außer Kraft zu setzen.

Mitte, 26. Juni: Zahlreiche Mandatsträger_innen des Bundestags erhielten Einladungen im Namen der Deutschen Zentrumspartei zu einer „interreligiösen Trauerfeier am 11. Juli in Wiesbaden“ in der „Mahn- und Gedenkstätte für die im Mutterleib ermordeten Kinder Deutschlands“. Das Titelbild der Einladung zeigte

das Tor vor dem Eingang zum ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz, wobei der Spruch „Arbeit macht frei“ zu „Abtreiben macht frei“ verändert wurde.

Online, 26. Juli: Parlamentarier_innen und weitere Politiker_innen erhielten eine E-Mail mit antisemitischen und verschwörungsmythologischen Inhalten. Neben einem offenen Brief befanden sich im Anhang eine „Kriegserklärung der Juden an die Welt“ und Ausführungen zur „Satanschen Ausgeburt Juden-Religion“.

Online, 16. Dezember: Eine Bundestagsabgeordnete erhielt zum wiederholten Mal eine E-Mail mit volksverhetzenden Parolen, in der u.a. stand: „Möge das Blut der Juden und all derer, die diese Untermenschen schützen, in den Straßen in Strömen fließen. Auf dass die Öfen wieder auf Hochtouren laufen und fleißig Asche produzieren. Sieg Heil und Heil Hitler.“

EXKURS: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IM MAI 2018

Insgesamt 163 antisemitische Vorfälle ereigneten sich im Mai 2018 – so viele wie in keinem anderen Monat seit der Aufnahme der systematischen zivilgesellschaftlichen Dokumentation im Januar 2015. Häuften sich in diesem Monat ohnehin Jahr für Jahr ritualisierte politische Versammlungen, in deren Zusammenhang es zu antisemitischen Vorfällen kommt, so kamen 2018 noch antisemitische Reaktionen auf Ereignisse in Israel und dem Nahen Osten dazu.

Bei den 163 Vorfällen, die RIAS Berlin im Mai 2018 registrierte, handelte es sich um sieben antisemitische Angriffe, drei Bedrohungen, acht gezielte Sachbeschädigungen sowie 127 Fälle verletzenden Verhaltens und 18 Massenzuschriften. Unter den 127 erfassten Fällen verletzenden Verhaltens waren zehn Versammlungen, auf denen antisemitische Äußerungen fielen.

Thematisch dominierte der israelbezogene Antisemitismus: In 61% der Vorfälle im Mai wurden Stereotype dieser Form des Antisemitismus verwendet. Lassen sich nur 42% der Vorfälle einem politischen Hintergrund eindeutig zuordnen, gingen die in der Relation meistens Fälle vom Milieu des israelfeindlichen Aktivismus aus (11%), während jeweils ca. 8% der Vorfälle einen rechtsextremen Hintergrund hatten oder der politischen Mitte zuzuordnen waren. Auffallend ist zudem, dass sich im Mai eine Reihe besonders aggressiver Vorfälle ereignete: In keinem einzelnen Monat gab es mehr Angriffe (7). Zugleich ist der Mai aber auch der Monat mit den meisten Fällen verletzenden Verhaltens (127). Die Vorfälle fanden insbesondere in den Bezirken Mitte (18), Charlottenburg-Wilmersdorf (16) und Neukölln (14) statt.

Die Vorfälle hatten vor allem drei Anlässe: Anfang des Monats kam es, erstens, zu mehreren antisemitischen Vorfällen rund um linke Demonstrationen anlässlich des 1. Mai, zweitens gab es Vorfälle im Umfeld von Gedenkveranstaltungen zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel und des Beginns des israelisch-arabischen Krieges 1948, und drittens gab es über den ganzen Monat hinweg eine Vielzahl antisemitischer Zuschriften an jüdische und israelische Institutionen, die auf die Jahrestage, aber auch auf aktuelle Ereignisse in Israel und im Nahen Osten auf antisemitische Weise Bezug nahmen.

Die Vorfälle mit einem links-antiimperialistischen Hintergrund, die sich rund um den 1. Mai 2018 ereigneten, gingen vor allem von der maoistischen Kleingruppe „Jugendwiderstand“ und ihrem Umfeld aus: In der Nacht zum 1. Mai wurden in zwei Fällen Personen in Neukölln angegriffen. Bei einem Vorfall wurde dem Betroffenen, der zuvor pro-israelische Plakate aufgehängt hatte, ins Gesicht geschlagen. Er wurde bedroht, während Israel zugleich als „Ausbeuterstaat“ deligitimiert wurde. Ein anderer Betroffener wurde antisemitisch beleidigt und geschlagen, als er versuchte, ein Plakat des „Jugendwiderstandes“ zu entfernen. Aus

einer Demonstration des „Jugendwiderstandes“ am 1. Mai heraus wurde eine Person als „Zionistenschwein“ beschimpft, während in einer Rede die Abkehr von der „faschistische[n] Staatsräson vom Existenzrecht“ gefordert und Israel im Zuge einer Täter-Opfer-Umkehr als „faschistischer Staat“ bezeichnet wurde. An dieser Demonstration nahmen zwischen 70 und 100 Personen teil. Schließlich kam es auch auf einer anderen Demonstration zu einem weiteren antisemitischen Angriff, ebenfalls ausgehend vom Umfeld der Gruppe „Jugendwiderstand“: Auf einem linken Protestzug am frühen Abend wurden Teilnehmer_innen des „Feministischen Blocks“, die ein Transparent mit der Aufschrift „Den antisemitischen Konsens brechen! Jugend gegen Antisemitismus und Rassismus“ trugen, gezielt angegriffen.

Mehrere Versammlungen, die an die Gründung Israels und den vor 70 Jahren beginnenden Unabhängigkeitskrieg erinnerten, können als ritualisierte Versammlungen gefasst werden (vgl. Seite 38). Freilich unterschieden sich all diese Veranstaltungen hinsichtlich ihres politischen Hintergrundes und ihres Charakters als Protest, Fest oder Gedenkveranstaltung. So fand am 4. Mai am Gendarmenmarkt in Mitte das Straßenfest „Israeltag“ statt, bei dem es zu zwei antisemitischen Vorfällen kam. Einer erkennbar jüdischen Familie wurde nach Besuch des Festes in einem nahegelegenen Restaurant die Bedienung verweigert, eine Person störte das Straßenfest, indem sie antisemitische Plakate mit verschwörungsmystologischem Inhalt zeigte. Am 12. Mai fand am Neuköllner Hermannplatz der „Palästina-Tag“ statt. An ihm nahmen linke Gruppen mit Infoständen teil sowie Einzelpersonen des Neuköllner Bezirksverbands der Partei Die Linke, aber auch palästinensische Akteure wie der Palästinensische Frauenverband in Deutschland e.V. oder die Demokratischen Komitees Palästina e.V. In Reden wurde „From the river to the sea – Palestine will be free“ gerufen und der jüdische Staat als „Apartheidstaat“ delegitimiert. Am 14. Mai rief das „Palästinensische Nationalkomitee“ zu einer weiteren Kundgebung auf, diesmal vor dem Brandenburger Tor. Im Sinne einer antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr wurde dort behauptet, die Opfer des Nationalsozialismus seien „heute die Täter“, zudem wurde auch dort die antiisraelische Parole „From the river to the sea“ gerufen. Diese Parole wurde am selben Tag auch auf einer Kundgebung skandiert, die BDS Berlin-Aktivist_innen auf dem Hermannplatz veranstalteten. Einen Tag später, am 15. Mai, organisierte das „Komitee Palästina-Tag“ eine Kundgebung mit 230 Teilnehmer_innen vor dem Brandenburger Tor, darunter Personen aus dem Spektrum der MLPD und der Partei Die Linke. In Redebeiträgen wurden auch hier antisemitische Stereotype verwendet, beispielsweise war von einem „Völkermord durch die zionistische Besiedelung“ die Rede. Eine Woche später, am 21. Mai, veranstalteten türkische Nationalist_innen eine Kundgebung vor der israelischen Botschaft. Auf Plakaten war hier „Israel Terror Stop“ zu lesen, es wurden Parolen wie „Kindermörder Israel“ gerufen und türkische Fahnen geschwenkt. In einer Rede hieß es: „Wir sind gegen Gewalt. Aber so einen Staat darf es nicht geben. Es ist klar: Sie haben in Deutschland was Schlimmes erlebt [...] 5 Millionen wurden vergast oder so. Aber das Gleiche können sie nicht zu den anderen machen.“

Schließlich erhielten jüdische und israelische Institutionen im Mai auffallend viele antisematische E-Mails. Von den 384 antisemitischen E-Mails an jüdische und israelische Institutionen im Jahr 2018 insgesamt lag der Mai mit 58 Mails weit über dem monatlichen Durchschnitt



Verschwörungsmythen auf der Demonstration des „Palästinensischen Nationalkomitee“ am Pariser Platz, Mitte, 14. Mai 2018.

von 32. Die Häufung der E-Mails verlief weitgehend synchron zur medialen Berichterstattung über Vorkommnisse in Israel und im Nahen Osten. So erhielten beispielsweise jüdische Institutionen in Berlin vom 7. bis zum 10. Mai sieben antisemitische E-Mails, die allesamt Bezug auf die Aufkündigung eines Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump nahmen. In all diesen E-Mails wurden deutsche Jüdinnen_Juden mit Israel gleichgesetzt und Israel als „dreckiger Terrorstaat“, „Mörderbande“ und „menschenverachtendes Terrorpack“ beschimpft – wohlgernekt in Schreiben an jüdische, nicht an israelische Institutionen.

Eine zweite Häufung gab es am 14. Mai, dem Tag der Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sowie des gewaltvollen Versuchs mehrerer Tausend Personen, die Grenze zwischen dem Gaza-Streifen und Israel zu überwinden. Bei diesen Protesten kamen über 50 Palästinenser_innen ums Leben. Israeliische wie jüdische Institutionen erhielten zwischen dem 14. und 16. Mai 22 antisemitische Zuschriften. Auffallend ist, dass viele Anschreiben der politischen Mitte zugeordnet werden können. Die Verfasser_innen beziehen sich in ihren Schreiben affirmativ auf die Bundesregierung und die BRD insgesamt, aber beispielsweise auch auf den kategorischen Imperativ nach Kant und auf internationale Gerichtsbarkeit. Höflichkeitsformen werden eingehalten und Qualitätsmedien wie die Berichterstattung der ARD als Belege zitiert, um dennoch Israel zu dämonisieren. So heißt es in einer Mail vom 14. Mai: „Ich bin wieder mal entsetzt. Kann Israel etwas anderes als töten, verletzen, erniedrigen, bombardieren, quälen, aushungern, Wasser stehlen, bespucken, ermorden, überfallen, maßlose Vergeltungsaktionen vollziehen usw. usw. usw.“ In antisemitischen Zuschriften an andere Adressat_innen finden sich positive Bezugnahmen auf die politische Verfasstheit und Kultur der Bundesrepublik Deutschland deutlich seltener.

Zwischen diesen drei Anlässen mit antisemitischen Vorkommnissen – dem am 1. Mai, den Versammlungen rund um den Jahrestag der israelischen Staatsgründung und den Zuschriften an jüdische und israelische Institutionen – gab es jedoch im Hinblick auf die verwendeten antisemitischen Stereotype und den politischen Hintergrund der Vorfälle keine signifikanten Überschneidungen. Eine Ausnahme war eine Serie von sechs antisemitischen Graffiti, die im Laufe des Monats in Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf angebracht wurden und die Bezug auf die Jahrestage sowie auf Parolen antiisraelischer Proteste nahmen. So wurde beispielsweise auf eine Bushaltestelle „Kindermorder Israel 70 Jahre Israel vebechen“ geschmiert. Außerdem war der israelbezogene Antisemitismus 2018 quer zu allen drei Anlässen von übergeordneter Bedeutung im Vergleich zum Gesamtjahr 2018.

In erheblicher Zahl wurden aber auch antisemitische Vorfälle ohne Israel-Bezug dokumentiert. So fanden Versammlungen wie die „4. Bundesweite Mahnwache“ oder „Biker für Deutschland“ statt, die von RIAS Berlin den verschwörungs-ideologischen respektive rechts-extremen und rechtspopulistischen Milieus zugeordnet wurden. Auch für diese Versammlungen, insbesondere für die „Bundesweite Mahnwache“, kann von einem ritualisierten Charakter ausgegangen werden: Sie dient mehr der Mobilisierung der eigenen Klientel als der Skandalisierung aktueller Ereignisse.



Dämonisierung von Israel auf einer Bushaltestelle, Wilmersdorf, 23. Mai 2018.

In einigen Vorfällen ohne Israel-Bezug standen Formen des antisemitischen Othering im Vordergrund. Als sich beispielsweise Passant_innen am 10. Mai in Treptow-Köpenick über eine zehnköpfige „Herrentag“-Gruppe beschwerten, die sexistische Lieder sangen, wurden sie u.a. als „Scheiß Judensau“ beschimpft und angegangen. Als die Betroffenen in einen Hauseingang flohen, versuchte die Gruppe, die Tür einzutreten. Am 21. Mai wurde ein Mann am frühen Abend an einem U-Bahnhof in Kreuzberg auf sein Davidstern-Tattoo angesprochen, antisemitisch beleidigt und unvermittelt mit einem Kopfstoß angegriffen.

Die Vielzahl antisemitischer Vorfälle im Mai 2018 lassen sich somit zum einen mit einer Reihe ritualisierter Versammlungen erklären, die Jahr für Jahr stattfinden und in deren Zuge es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt – für das links-antiimperialistische Milieu ist dies der 1. Mai, für das Spektrum des israelfeindlichen Aktivismus sind es die Jahrestage der Gründung Israels und des Beginns des israelisch-arabischen Krieges 1948. Zu diesen wiederkehrenden Daten kam 2018 eine Eskalation der politischen Situation an der israelischen Grenze zum Gaza-Streifen hinzu, die Anlass insbesondere für antisemitische Zuschriften an jüdische und israelische Institutionen war; diese Zuschriften ließen sich überdurchschnittlich oft der politischen Mitte zuordnen.

AUSGEWÄHLTE MONITORING-BERICHTE 2018

Für den Bericht antisemitischer Vorfälle 2019 wurden die im Laufe des Jahres bereits separat veröffentlichten Monitoring-Berichte gekürzt. Vollständige Fassungen können unter <https://report-antisemitism.de/#/monitoring> eingesehen werden.

AUSWERTUNG DES QUDSTAG-MARSCHES AM 9. JUNI 2018

Erstellt durch RIAS Berlin, das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) und Research and Documentation (ReDoc)

Am diesjährigen Qudstag-Marsch vom Adenauerplatz bis zum Wittenbergplatz, der unter dem Motto „Für ein freies Palästina und ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Religionsgemeinschaften!“ stattfand, nahmen ca. 1.200 Personen teil. Die Anzahl der Teilnehmenden verdoppelte sich beinahe gegenüber dem Vorjahr (650) und erreichte erstmals die Höhe von 2014, als es vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und islamistischen Terrororganisationen im Gaza-Streifen zu einem zusätzlichen Mobilisierungseffekt kam. Bekannt sind organisierte Anfahrten mit Bussen aus Hamburg, von wo aus 150 Personen anreisten, Köln, Hannover, Bochum (über Dortmund), Kassel, Münster, Bottrop und Delmenhorst. Die gestiegene Teilnehmendenzahl kann mit der religiösen Ansprache mehrerer schiitischer Geistlicher erklärt werden.

Am diesjährigen Aufmarsch nahmen mehr hochrangige schiitische Geistliche teil als in den Vorjahren. Neben Seyed Mousavi, dem stellvertretenden Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), beteiligte sich erneut Hamidreza Torabi, Leiter der Islamischen Akademie Deutschland (IAD) und Sprecher des IZH sowie Muhammad Mohsen, Vorstandsmitglied der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) und Dozent der IAD. In der ersten Reihe lief zudem Sheikh Hassan Shahrour, der in der Vergangenheit durch die Glorifizierung eines getöteten Terroristen der libanesischen Hizbollah aufgefallen war.

Wie in den letzten Jahren rezitierte Hassan Sadeghi, der in der Vergangenheit mehrfach bei Veranstaltungen im IZH und der IGS auftrat, am Auftaktort und bei der Abschlusskundgebung mehrere Koransuren. Im Rahmen der Abschlusskundgebung wählte Sadeghi eine Kombination der Suren Al-Imran und Al-Nasr, die als Aufrufe zum bewaffneten Kampf gegen die Ungläubigen verstanden werden können. Ähnlich wie die Koran-Rezitationen signalisierten Stirn- und Armbänder sowie Halstücher einiger Teilnehmenden Kampfbereitschaft sowie Gehorsam gegenüber dem iranischen Revolutionsführer und anderen religiösen Führern.



Antisemitische Verschwörungsmythen und Heldenverehrung. Auf dem oberen Schild von links nach rechts: der Kommandant der iranischen Quds-Einheiten Kassim Soleimani, der iranische Revolutionsführer Ali Chamenei sowie der Führer der Hizbollah Hassan Nasrallah. Auf Arabisch im unteren Bereich der Montage: „Hizbollah – Das sind die Sieger“.

Generell versuchte der Qudstag-Marsch auch in diesem Jahr, Debatten der deutschen Mehrheitsgesellschaft aufzugreifen. So wurde auf ausgegebenen Schildern, in Redebeiträgen und in Sprechchören die Parole „Nie wieder“ skandiert. Indem die Politik Israels mit der Schoa und den deutschen Massenverbrechen parallelisiert werden, findet einerseits eine antisematische Täter-Opfer-Umkehr und eine Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen statt, andererseits soll durch die „#niewieder“-Kampagne Anschlussfähigkeit zum demokratischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, aber auch zum deutschen Schuldabwehr-Antisemitismus hergestellt werden. Die Kampagne ist somit Ausdruck einer Kommunikationsstrategie, die den vielfältigen religiösen Bezügen zum Trotz auch die nicht-muslimische Öffentlichkeit ansprechen soll. So wurden in der Demonstration mehrere Deutschlandfahnen mitgeführt, und der Organisator Jürgen Grassmann rief in seiner Rede dazu auf, nur deutsche Parolen zu rufen: „Wir leben nun mal in Deutschland und wir wollen die deutsche Bevölkerung erreichen. Wir wissen sowieso Bescheid.“ Auf den von den Organisatoren ausgegebenen „#nie wieder“-Schildern verbindet der Schriftzug folgerichtig die deutsche mit der palästinensischen Fahne.

Die Strategie lässt sich auch an weiteren Sprechchören und mitgeführten Schildern erkennen. Gefordert wurde in einer Parole „Schluss mit Verbeugen und Händekuss“. Von den zahlreichen Schildern, die Topoi eines Schuldabwehr-Antisemitismus verwendeten, kann eines als exemplarisch angesehen werden: „Keine ewige Schuld der Deutschen! Unsere Generation trägt keine Schuld!“ Kritik daran wurde mit Verschwörungsmythen begegnet: Mehrmals wurde vom Lautsprecherwagen die Parole „Judenhass ist die Masche, unser Geld – ihre Tasche“ angestimmt, einmal verbunden mit der Anmerkung, man wolle damit zeigen, dass man nicht antisemitisch sei. Engagement gegen Antisemitismus wird damit als Betrug dargestellt, zudem diene der Antisemitismus-Vorwurf als Maulkorb. So wird schon auf dem Ankündigungsplakat einem pro-palästinensischen Aktivisten von einer israelischen und einer amerikanischen Hand der Mund mit einem Streifen mit der Aufschrift „ANTISEMITISM“ zugeklebt.

Offener als im vergangenen Jahr wurde in vielen Parolen sowohl von den Teilnehmenden als auch vom Lautsprecherwagen aus die Vernichtung Israels gefordert. Skandiert wurde „Nieder mit Israel“, „Israel, you will fall“ und „From the river to the sea, Palestine will be free“. Auf mehreren präsentierten Landkarten war lediglich Palästina zu sehen, während Israel fehlte.

In den Redebeiträgen am Qudstag knüpfte der Sprecher der ausrichtenden Quds-AG, Jürgen Grassmann, an antisemitische Verschwörungsmythen an. Sie zeichneten ein Selbstbild, dass die Demonstrierenden die Wahrheit und Gerechtigkeit an ihrer Seite haben, jedoch einem übermächtigen Gegner gegenüberstünden, der jenseits geltender Regeln agiere. Grassmann: „So ist es nun mal. Denkt nur nicht, dass wir hier in Freiheit und im Rechtsstaat leben. Das alles wird außer Kraft gesetzt, sobald es sich um Israel handelt. Das ist die Wahrheit! Ihr könnt gegen Merkel und Co. reden, aber Israel, das ist wie eine heilige Kuh. Pfui!“ Auch die Medien seien „gekauft“ und „zionistische [...] Medien“, die „billige [...] Propaganda“ verbreiten würden. Das Selbstverständnis des Qudstag-Marsches nannte Grassmann recht offen: „Aber dass wir das Existenzrecht eines zionistischen Unrechtsregimes nicht akzeptieren, ist einleuchtend.“

Entgegen dem angestrebten Bild der Veranstalter herrschte auf der Demonstration und in ihrem Umfeld ein aggressives Klima. Dies wurde auch in mehreren Vorfällen deutlich, die RIAS Berlin von Betroffenen im Anschluss an die Demonstration gemeldet wurden. Diese ergaben sich allesamt aus Situationen, in denen Teilnehmer_innen und Sympathisant_innen des Quds-Marsches mit Gegendemonstrierenden konfrontiert waren. An der Ecke Sächsische Straße/Lietzenburger Straße kam es zu mehreren Vorfällen. So wurde zunächst eine Person mit einer Israelfahne beim Verlassen einer Tankstelle von drei Teilnehmenden des Aufmarschs gejagt. Kurze Zeit später flog ein Pflasterstein aus dem hinteren Teil des Aufmarsches in Richtung einer Gruppe von Gegendemonstrant_innen. Im Anschluss daran versuchte eine Gruppe von zehn bis zwölf Teilnehmenden, die Polizeiabsperrung in Richtung der Gegendemonstrant_innen zu durchbrechen. Auf Höhe des Olivaer Platzes zeigte ein Teilnehmer der Demonstration in Richtung von Gegendemonstranten mehrere Sekunden lang den Hitlergruß. Ein Beobachter fotografierte die Szene und machte die Polizei auf den Mann aufmerksam, die ihn am Ende der Demonstration aufgriff. Kurzzeitig wurde von einem Teilnehmenden eine Hizbollah-Fahne vor der ersten Reihe der Demonstration gezeigt. Ein Vertreter der Demokratischen Komitees Palästinas e.V. trug während des gesamten Aufmarsches ein Pullover mit dem Logo der Terrororganisation PFLP. Ein Teilnehmer der Gegenproteste berichtete RIAS Berlin von einer antisemitischen Anfeindung auf dem Nachhauseweg. Der Betroffene hatte zwei kleine Israel-Fahnen bei sich, als eine Frau, die der Betroffene aufgrund ihres Kopftuches als Muslima identifizierte, kurz vor dem Aussteigen zu ihm „Scheiß Juden“ sagte.

Die PR-strategischen Bemühungen der Quds-AG können somit nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Zuge des Aufmarsches nicht nur die Vernichtung Israels propagiert, antisemitische Terrororganisationen glorifiziert und ihren religiösen Führerfiguren Gehorsam geschworen wurden, sondern dass es in mehreren Situationen auch Gewalt und Gewaltandrohungen gegenüber Gegendemonstrant_innen gab.



Demonstrierende mit
„#niewieder“-Schildern.

RUND UM DEN 9. NOVEMBER: ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN

Auch 2018, dem 80. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938, kam es in Berlin rund um den Gedenktag am 9. November zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen. Hierzu zählten insbesondere rechtsextreme Störaktionen von Gedenkfeiern, gezielte Sachbeschädigungen von Erinnerungsorten und Gedenkzeichen für Opfer der Schoa sowie rechtsextreme Versammlungen. Fast alle antisemitischen Vorfälle sind dem Post-Schoa Antisemitismus zuzuordnen. Das Gedenken an die antisemitischen Pogrome scheint somit nach wie vor ein mobilisierender Faktor für die rechtsextreme Szene zu sein.

In Berlin wurden rund um den 9. November neun antisemitische Vorfälle bekannt. Dabei handelt es sich um drei gezielte Sachbeschädigungen und um sechs Fälle verletzenden Verhaltens, darunter drei auf antisemitischen Versammlungen. Zudem fand am Abend des 9. November im Stadtteil Moabit ein Aufmarsch des rechtsextremen Bündnisses „Wir für Deutschland“ statt.

In sechs Vorfällen wurden Stereotype des Post-Schoa Antisemitismus verwendet, in jeweils zwei solche des israelbezogenen und des modernen Antisemitismus.

In sechs von neun Fällen konnte ein politischer Hintergrund eindeutig zugeordnet werden: Je zwei Vorfälle waren dem verschwörungsideo logischen Milieu und dem israelfeindlichen Aktivismus zuzurechnen, je einer dem Rechtspopulismus und dem Rechtsextremismus.

Die drei gezielten Sachbeschädigungen richteten sich gegen Stolpersteine. In zwei Fällen wurden Stolpersteine mit SS-Symboliken beschmiert. In einem Fall wurde auf Stolpersteine Wachs aus Kerzen gekippt, die zuvor zum Gedenken neben die Steine gestellt worden waren. Die gezielten Sachbeschädigungen wurden keinem politischen Hintergrund zugeordnet, da in einem Fall Botschaften und Symboliken vollständig fehlten und in den beiden anderen Fällen eine Verwendung durch unterschiedliche Spektren denkbar ist.

Sowohl in Berlin als auch in anderen Bundesländern kam es zu Störungen von Gedenkfeiern für die Opfer der Novemberpogrome 1938. In Berlin trug Andreas Wild, fraktionsloser Abgeordneter und Mitglied der AfD, bei der Gedenkveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus



Der mit einem SS-Symbol
beschmierter Stolperstein für Kiwe
Wild, Wedding, 6. November 2018.

sowie später bei einem Gedenkmarsch zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ eine blaue Kornblume – historisches Symbol der antisemitischen und deutschnationalen „Schönerer-Bewegung“.

Die drei RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Versammlungen fanden am 9. und 10. November statt. Hierbei handelte es sich um zwei Versammlungen aus dem Milieu des israfeindlichen Aktivismus und eine aus dem verschwörungsdeckologischen Spektrum. So organisierte zum zweiten in Folge BDS Berlin am 9. November einen Infostand am Potsdamer Platz. Im Rahmen dieser und einer anderen Versammlung am 10. November in Neukölln wurde Israels Existenzrecht delegitimiert. Schließlich wurden auf einer Kundgebung von „Staatenlos.info“ in einem Redebeitrag Verschwörungsmythen über eine jüdische Vertreterin der Zivilgesellschaft verbreitet.

Weitere Fälle des verletzenden Verhaltens waren eine verschwörungsdeckologische Schmierei an einem Plakat gegen den rechtsextremen Aufmarsch am 9. November sowie mehrere Plakate, die zur Teilnahme an der Demonstration für die Freilassung der inhaftierten Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck in Bielefeld am 10. November aufriefen.



UNSERE ANGEBOTE

Vertrauliche Annahme anonymer Meldungen
antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden Unterstützungsangeboten (juristisch, psychologisch, politisch sowie Betroffenenberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Kontaktstelle für Polizei bei Anzeigenstellung

Unterstützung bei öffentlicher Kommunikation der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite www.report-antisemitism.de oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin
twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des



verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

